

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: **E. Dittmer**
 Berlin SO36, Schlesische Str. 42
 Fernsprecher: Amt F8 Oberbaum 9491

Berlin, den 26. Dezember 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis:
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Arbeiter-Organisationen im Kampf gegen Faschismus



Eine imposante Kundgebung fand am 16. Dezember 1931 im Reichswirtschaftsrat in Berlin statt. Die Bundesausschüsse des ADGB., des AfA-Bundes, des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, der Parteilösung der SPD., Vertrauensleute der freien Sportorganisationen und die Vertreter des Reichsbanners vereinigten sich zum Bekenntnis einer eisernen Front gegen den Faschismus.

In dieser Veranstaltung, die von einem völlig einheitlichen Geist der Abwehr und der Kampfesentschlossenheit getragen war, kamen die Vertreter von vielen Millionen Volksgenossen zu dem Bekenntnis, daß der bisherige Zustand mit den Uebergreifen des Faschismus und der Hitler-Garden nicht länger ertragen werden kann. Wohl haben zahlreiche Wähler im September 1930 wie auch in den Nachwahlen zum erheblichen Teil erkennen lassen, daß sie verwirrt und verzweifelt sind und nicht den rechten Weg zur einheitlichen Abwehr finden. Demgegenüber stehen aber die Gewerkschaften, die Partei und das Reichsbanner als geschlossene, zielklare Front.

Der unfähige Reichstag vermag in seinem Plenum dem Volke nur Schaden zuzufügen. Er kann nicht einberufen werden, weil er arbeitsunfähig ist. So sind die Notverordnungen letzten Endes nur zurückzuführen auf die Unmöglichkeit, geordnete demokratische Politik im Reichstag durchzuführen. Als Ursache aber all dieser Vorgänge und auch der neuesten Notverordnung ist die kapitalistische Wirtschaftskrise anzusehen, die sich nicht nur in deutschen Ländern, sondern in allen Industrieländern auswirkt.

* * *

In der Kundgebung selbst begrüßt der Bundesvorsitzende des ADGB., Theodor Leipart, die Vertreter der Organisationen und weist darauf hin, daß in diesem Saal die Vertreter der Millionen Bedrückten und Notleidenden des deutschen Volkes zum Volke, zur weitesten Öffentlichkeit sprechen und sich Gehör schaffen wollen. Das erste Wort gilt der ungeheuren Not der fünf Millionen Arbeitslosen, die gerade in dieser Stunde in ihrem Elend vor uns stehen. Die neue Notverordnung will den Versuch machen, die Wirtschaft zu beleben und die Arbeitslosigkeit zu verringern. Ob ihr das gelingt, ist sehr zweifelhaft. Duzende von Entschließungen zur Notverordnung sind uns zu Händen gekommen, die gegen die Eingriffe in das Tarifrecht schärfsten Protest einlegen. Von der anderen Seite, dem Unternehmertum, in Verbindung mit der faschistischen Einschüchterung und der parlamentarischen Ohnmacht der Demokratie ist es leider gelungen, einen entscheidenden Einfluß auf die Regierung auszuüben. Der Kampf geht angeblich gegen den „Marxismus“, in Wirklichkeit aber gegen die Gewerkschaften. Sie sollen die Sündenböcke sein für alle

die Schäden und Uebel durch die „hohen Löhne“. Sie sollen schuld sein an der Rationalisierung, ja an der ganzen Weltwirtschaftskrise.

Solange es Gewerkschaften gibt, tobt der Kampf zwischen ihnen und dem Unternehmertum: **Kampf um den Anteil am Ertrag der Arbeit!** Schon vor 60 Jahren wie auch heute noch sprechen die Unternehmer von einer Lohnhöhe, der eine bestimmte Grenze gezogen sei, die nicht überschritten werden könne. Diese „Lohnfonds-Theorie“ ist aber schon 1871 von Lujo Brentano treffend widerlegt worden. Brentano hat nachgewiesen, daß der Lohn nicht aus dem Profit des Kapitals, sondern aus dem Verkaufserlös der Produktion bezahlt wird. Auf den Konsum kommt es an, auf die Kaufkraft! Es wird auch in der Unternehmerpresse absichtlich verschwiegen, daß die Tariflöhne fast durchweg Mindestlöhne sind. Die übertariflichen Verdienst- und Leistungszulagen sind leider in den letzten Jahren mehr und mehr beseitigt worden, so daß auch die Senkung des Lebensmittelindex von 153 (1927) auf 131 (1931) längst ausgeglichen ist.

Leipart wendet sich dann scharf gegen einzelne Kapitel der neuen Notverordnung und stellt fest, daß die gewerkschaftliche Forderung ausdrücklich dabei bestehen bleiben muß, daß die Preissenkung der Lohnsenkung vorauszugehen hat. Der Redner kritisiert auch scharf die Ausnahmehandlung der Bergarbeiter sowie aller Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Körperschaften. Hier muß durch Sonderverhandlungen, die auch zugesagt sind, dringend Abhilfe geschaffen werden. Wohl hat die Brüning-Regierung das „Sofortprogramm“ der Unternehmer mit der Lobpreisung auf die Privatwirtschaft abgelehnt. Sie hat anerkannt, daß sie eingreifen muß bei der Preisgestaltung der Kartelle usw.; denn der Kapitalismus ist brüchig geworden, das tritt offenkundig zutage. Aber die Regierung hat nicht die nötigen Konsequenzen daraus gezogen. Es müßte unter allen Umständen die Preissenkung zuerst auf der ganzen Linie durchgeführt werden. Davon kann leider nach der vorliegenden Notverordnung gar nicht die Rede sein. So läßt sich zusammenfassend feststellen, daß in der neuen Notverordnung den Wünschen der Unternehmer viel zu weit Rechnung getragen wird, während unsere Forderungen nur zum geringen Teil berücksichtigt worden sind.

Nun ist zuzugeben, daß die deutsche Regierung zurzeit in einer Lage ist, von der sich weite Kreise des Volkes kein klares Bild machen können. Eine dieser Schwierigkeiten sind auch die Reparationen. Die Arbeiterschaft hat aber stets gefordert: Schluß mit den Reparationen! Was wieder gutzumachen war, ist längst abgetragen worden!

In voller Uebereinstimmung mit der Arbeiterinternationale haben wir die Streichung aller Reparationen und Kriegsschulden stets gefordert. Auch in dieser Frage brauchen nicht

erst die Hitler-Leute zu kommen; denn schon vor 30 Jahren hat August Bebel gesagt: „An der Erhaltung der Unabhängigkeit Deutschlands sind die arbeitenden Klassen mindestens ebenso interessiert wie diejenigen, die sich als die berufenen Herrscher der Völker betrachten; das arbeitende Volk ist nicht gewillt, seinen Nacken unter irgendeine Fremdherrschaft zu beugen“. — Aber das arbeitende Volk der ganzen Welt leidet mit uns unter der Herrschaft der Reparationen und der unregelmäßigen Volkswirtschaft, die zur Weltwirtschafts- und Finanzkrise geführt habe. — Aber mit der faschistischen Diktatur würden dem Volk mit blutiger Gewalt noch viel schlimmere Opfer zugemutet werden. Wir wollen gewiß nicht den Bürgerkrieg heraufbeschwören, aber wir sind zur Abwehr bereit und unsere Bewegung ist trotz allem auch heute noch groß und stark. Das mögen sich die Gegner der Gewerkschaften gesagt sein lassen. Die Niederlagen der Arbeiterklasse in den letzten Monaten können unseren Glauben an die Zukunft nicht schwächen. Trotz aller Nöte dürfen wir den Mut nicht verlieren, das Vertrauen zur eigenen Stärke und zur Stärke der Organisation darf nicht erschüttert werden; denn sie muß dann eingesetzt werden, wenn der Weg zur Freiheit und zum Fortschritt wieder offenliegt.

* * *

Namens der Sozialdemokratie spricht dann Breitscheid, der sich gleich zu Beginn mit Hitlers „Offenen Brief an den Reichskanzler“ beschäftigt und darauf hinweist, daß Worte und Handlungen im Hitler-Lager sich stark widersprechen. — Gewiß muß das Gleichgewicht der öffentlichen Haushalte herbeigeführt werden. Es darf auch nicht vergessen werden, daß wir mindestens zwei Milliarden Mark für die Arbeitslosenunterstützung aufzuwenden haben, und das beweist doch auch, daß in der demokratischen Republik für die arbeitenden Massen etwas erreicht worden ist. Unsinzig ist der Versuch, die Schäden im Außenhandel, die durch Valutasenkung und Zollsteigerung entstanden sind, durch Lohnherabsetzung in Deutschland auszugleichen. Was soll ein Lohnabbau von 10 bis 15 Proz. der nur ein kleiner Teil der heutigen Produktionskosten ist, gegenüber dem 30- bis 35prozentigen Wertverlust ausländischer Währungen und einer englischen Zollerhöhung von 50 Proz.? Hinzu kommt, daß die deutschen Maßnahmen wieder Gegenmaßnahmen gegen das Lohndumping Deutschlands zur Folge haben werden. Damit wird die Stabilisierungsabsicht fremder Staaten nur hinausgeschoben. Wir brauchen aber internationale Verständigung. Breitscheid weist nach längerem interessanten Beleuchtungen über die Auswirkung der einzelnen Teile der Notverordnung am Schluß seiner Rede darauf hin, daß nicht die organisierte Arbeiterschaft oder die Sozialdemokratie

schuld an diesen Zuständen ist; denn wir stehen grundsätzlich auf demokratischem Boden, aber die Wähler vom 14. September 1930 und die Parteien, die den Parlamentarismus grundsätzlich verneinen und bekämpfen, haben diesen demokratischen Weg leider unmöglich gemacht. Wie bisher müssen wir alle Möglichkeiten ausnutzen, um die Massen zum Kampf für ihre

Interessen und gegen den drohenden Faschismus aufzurufen; denn das Programm der Nationalsozialisten ist so unklar und verwirrend hervorrufen kann. Der Redner macht noch darauf aufmerksam, daß unsere faschistischen Gegner den Kampf mit Gewalt, Einschüchterung und Terror angefangen haben, und daß wir besonders unseren Reichsbannern eine merkwürdige Danken müssen, die in ihrem Abwehrkampf ihr Leben in die Schanze schlagen mußten für die demokratische Republik. Die mangelnde Energie der Reichsregierung ist ebenfalls schuld daran, und wenn jetzt endlich Brüning energische Worte gefunden hat, so muß sie auch tatkräftig auftreten, um gegen den faschistischen Terror anzukommen. Wir aber müssen einig und geschlossen zur Abwehr zusammenstehen! — In einem machtvollen Schlußwort des Dorstenden Otto Weis klang die Versammlung aus in dem Ruf: Wir schmieden die eiserne Front! Wir verwerfen die Gewalttat, aber wir wehren uns, wenn wir angegriffen werden. Macht gegen Macht! Vorwärts, durch Kampf zum Sieg! — Einmütig wurde die nachfolgende Entschlüsselung angenommen:

Die Vertreter sämtlicher im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem AFA-Bund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund zusammengeschlossenen Verbände, zu denen sich die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aus dem ganzen Reich, ebenso wie die der Arbeiter-Sportorganisationen gesellen, erklären unter der Teilnahme von Vertretern der überparteilichen Schutzorganisationen der deutschen Republik, des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold:

„Unbeschadet unserer ablehnenden

Stellungnahme zu der neuen Notverordnung geloben wir, den Kampf gegen den Faschismus mit gesteigerter Aktivität fortzuführen.

Wir werden unsere Kampfmethoden denen unserer Feinde anpassen: Auf dem Boden des gesetzlichen Rechtes, solange sie sich selbst legal betätigen, anderenfalls mit anderen Mitteln, werden wir die republikanische Verfassung, die sozialen Rechte und kulturellen Ziele der Arbeiterklasse und den europäischen Frieden verteidigen.

Infolge der parlamentarischen Machtverhältnisse, für die nicht wir, sondern weite Teile der Wählerschaft die Verantwortung tragen, haben wir zurzeit keine praktische Möglichkeit, die in Kraft getretene Notverordnung sofort aufzuheben. Sie ist ein Produkt der kapitalistischen Wirtschaftskrise und der Kräfteverteilung im Reichstag.

Die Überwindung der faschistischen Gefahr ist unsere erste Pflicht im Interesse der Arbeiterklasse. Danach richten wir unser Verhalten im Parlament und im Lande ein.“

Zwei Jahre Nazi-Morde!

29. 12. 1929 Arbeiter Neumann, Berlin, von Nazis ermordet.
 5. 3. 1930 Gärtner Kubow, Röntgental, von Nazis schwer verletzt, an den Folgen gestorben.
 16. 5. 1930 Verkäufer Heimbürger, Berlin, von Nazis ermordet.
 17. 5. 1930 Arbeiter Schumann, Berlin, von Nazis ermordet.
 17. 5. 1930 Arbeiter Seelenowski, Berlin, von Nazis ermordet.
 27. 5. 1930 Ehrenfried Jopp, Fürstenwalde, von Nazis ermordet.
 15. 6. 1930 Willi Gerschler bei Glauchau von Nazis niedergestochen, an den Verletzungen gestorben.
 15. 6. 1930 Johann Franke, Eythra, von Nazis ermordet.
 28. 6. 1930 Franz Kasek, Berlin, von Nazis ermordet.
 29. 6. 1930 Josef Kraus, Honnet, von Nazis ermordet.
 29. 6. 1930 Frau Kraus, Honnet, von Nazis ermordet.
 14. 7. 1930 Arbeiter Körner, Schöningen, von Nazis schwer verletzt, infolge der Verwundung gestorben.
 5. 8. 1930 Joseph Seiber, Lenklar, von Nazis ermordet.
 17. 8. 1930 Eduard Siedler, Groß-Heidekrug, von Nazis schwer verletzt, infolge der Verwundung gestorben.
 4. 9. 1930 Arbeiter Klassen, Köln, von Nazis ermordet.
 3. 9. 1930 Wilhelm Kropp, Bramsche, von Nazis ermordet.
 7. 9. 1930 Erich Lohfeld, Berlin, in Mohrin von Nazis ermordet.
 14. 9. 1930 Walter Krause, Feldhammer, von Nazis schwer verletzt, infolge der Verwundung gestorben.
 16. 9. 1930 Arbeiter Max Sohr, Berlin-Wittenau, von Nazis ermordet.
 19. 10. 1930 Arbeiter Breitenbach, Frankfurt a. M., von Nazis ermordet.
 22. 11. 1930 Viktor Broja, Hindenburg, von Nazis ermordet.
 29. 11. 1930 Adolf Hummel, Plauen, von Nazis ermordet.
 29. 11. 1930 Hermann Groh, Plauen, von Nazis ermordet.
 8. 12. 1930 Hermann Krämer, Köln, von Nazis ermordet.
 13. 12. 1930 Lambert Reimers, Gladbach-Hehyd, von Nazis ermordet.
 31. 12. 1930 Angestellter Graf, Berlin, von Nazis ermordet.
 31. 12. 1930 Angestellter Schneider, Berlin, von Nazis ermordet.
 21. 1. 1931 Arbeiter Willi Laabs, Neuschleffen, von Nazis ermordet.
 21. 1. 1931 Arbeiter Wilhelm Hüscher, Köln, von Nazis ermordet.
 24. 1. 1931 Arbeiter Demblow, Stralsund, von Nazis ermordet.
 28. 1. 1931 Arbeiter Schirmer, Berlin, von Nazis ermordet.
 1. 2. 1931 Arbeiter Otto Grüneberg, Berlin, von Nazis ermordet.
 21. 2. 1931 Arbeiter Strang, Danzig, von Nazis ermordet.
 23. 2. 1931 Arbeiter Kalbas, Zittau, von Nazis ermordet.
 11. 3. 1931 Lehrling Nathan, Berlin-Schönberg, von Nazis ermordet.
 15. 3. 1931 Ernst Henning, Hamburg, von Nazis ermordet.
 18. 3. 1931 Stabsgefreiter Gambig, Deutsch-Eylau, von Nazis ermordet.
 18. 3. 1931 Arbeiter Mohnsam, Grebenstein, von Nazis schwer verletzt, an den Verwundungen gestorben.
 25. 3. 1931 Arbeiter Gruber, Ahlen, von Nazis ermordet.
 24. 4. 1931 Arbeiter Schleppe, Gillersheim, von Nazis schwer verletzt, seinen Verwundungen erlegen.
 30. 4. 1931 Herbert Walter, Glogau, von Nazis ermordet.
 1. 5. 1931 Erwin Ziemke, Berlin, von Nazis ermordet.
 28. 5. 1931 Wagner, Hagen, von Nazis ermordet.
 28. 5. 1931 Julius Lücke, Hagen, von Nazis ermordet.
 28. 5. 1931 Arbeiter Joseph Ernst, Hagen, von Nazis ermordet.
 17. 7. 1931 Hans Wehnhöfer, Groß-Gerau, von Nazis ermordet.
 17. 7. 1931 Arbeiter Paul Hammer, Groß-Gerau, von Nazis ermordet.
 17. 7. 1931 Reinhold Pamler, Hannover, von Nazis ermordet.
 24. 7. 1931 Landwirt Schmieser, Krempine, von Nazis ermordet.
 6. 8. 1931 Fruh, Schweidnitz, von Nazis ermordet.
 17. 8. 1931 Arbeiter Flade, Borstendorf, von Nazis ermordet.
 30. 8. 1931 Arbeiter Schwenke, Dortmund, von Nazis ermordet.
 1. 9. 1931 E. Ziłinski, Elbing, von Nazis schwer verletzt und gestorben.
 6. 10. 1931 Arbeiter Marquardt, Guben, von Nazis schwer verletzt, an den Verwundungen gestorben.
 22. 10. 1931 Alfred Link, Pr. Friedland, von Nazis schwer verletzt, infolge der Verwundungen gestorben.
 31. 10. 1931 Arbeiter Klöckling, Doberan, von Nazis ermordet.
 31. 10. 1931 Arbeiter Bohm, Doberan, von Nazis ermordet.
 2. 11. 1931 Stadtverordn. Braun, Sülze, von Nazis ermordet.
 3. 11. 1931 Arbeiter Arno Wolf, Riesa, von Nazis ermordet.
 12. 11. 1931 Herbert Ritter, Nowawes, von Nazis ermordet

Macht Schluß mit der Nazi-Mordpest!

Schrumpfung des Welthandels

Die letzten Jahre brachten überall eine Verminderung der Warenumsätze im Inland wie im Ausland, wodurch die Industrie ebenso wie das Transportgewerbe zu weitgehenden Betriebs-einschränkungen veranlaßt wurden. Die Unternehmer streben nur allgemein dahin, durch Steigerung der Ausfuhr zu einer Neubelebung der Wirtschaft zu gelangen, und sie suchen vor allem mit Hilfe einer Verbilligung der Produktion diese Absicht zu verwirklichen. Nachdem aber infolge der Kaufkraftschrumpfung der Warenbedarf allenthalben zurückgegangen ist, müssen die auf Erweiterung des Auslandsabfahes gerichteten Bemühungen scheitern und der Welthandel, der bis 1929 an Umfang zunahm, schrumpft seither fortwährend ein. Die Schrumpfung beruht vorwiegend auf Preisrückgängen, da die Exporteure einander zu unterbieten suchen, weshalb auch die Großpreise im Welthandel viel stärker

sanken als die Großpreise der selben Waren im Inland. Doch ist der Welthandel, namentlich im Jahre 1931, auch mengenmäßig beträchtlich eingeschrumpft. Angaben über den auswärtigen Handel liegen zwar nicht für alle Länder, aber doch für weitaus die meisten vor. Das Statistische Reichsam hat festgestellt, daß in der ersten Hälfte 1931, im Vergleich mit der ersten Hälfte 1928, die Abnahme der gesamten Außenhandelsumsätze von 48 Ländern wertmäßig rund 36 Proz. und mengenmäßig rund 15 Proz. betrug. Wird der Umsatz der 48 Länder in Meßziffern dargestellt und sein Umfang im ersten Halbjahr 1928 durch die Zahl 100 ausgedrückt, so ergeben sich für die ersten Halbjahre 1929 bis 1931 folgende Veränderungen: Umsatz wertmäßig 1929: 104, 1930: 89, 1931: 64. Umsatz mengenmäßig 1929: 104, 1930: 98, 1931: 85. Dabei ist zu bedenken, daß in diesem Zeitraum eine Vermehrung der Bevölkerung, also der Verbraucher, stattfand. Soweit die Gebietsveränderungen und die verschiedenartigen Preisveränderungen einen Vergleich mit 1913 zulassen, ist anzunehmen, daß der Welthandel 1931 mengenmäßig etwa vom gleichen Umfang war wie 1913 und gegenüber 1925 bereits eine geringere Minderung aufwies.

Im zweiten Vierteljahr 1931 stieg der gesamte Außenhandelsumsatz mengenmäßig um eine Kleinigkeit. Damals glaubte man einen „Lichtstrahl“ zu sehen, der einen neuen Aufstieg ankündigte. Aber im dritten Vierteljahr ergab sich wieder eine Senkung, die wahrscheinlich bis zum Jahresfluß anhält. Infolge der im Juli akut gewordenen Kreditkrise und der im Zusammenhang damit eingetretenen Verschärfung der Kreditbedingungen wurden die Möglichkeiten der Produktion und des Abfahes weiter eingeschränkt.

Die überseeischen Rohstoffländer wiesen schon 1929 und 1930 eine starke Senkung ihrer Ausfuhr auf, da der Bedarf Europas an Rohstoffen im Rückgange begriffen war. Die verminderten Einnahmen, welche diesen Ländern vom europäischen Markt zufließen, veranlaßten Verbrauchseinschränkungen, die bewirkten, daß 1931 ihre Einfuhr prozentual stärker sank als die Ausfuhr.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß in den vier Jahren 1928 bis 1931 die Schrumpfung des Welthandelsumfahes der europäischen Länder weniger stark war als der Rückgang des Außenhandels der überseeischen Länder. Es findet eine Wiedernäherung des europäischen Anteils am Welthandel an den Stand der Vorkriegszeit statt. Die Verbrauchssteigerung sowohl an Rohstoffen wie an Industrieprodukten, die kurz nach dem Krieg in vielen Teilen der außereuropäischen Welt stattfand, ist seitdem durch eine gegenteilige Entwicklung anscheinend wieder zum größten Teil ausgeglichen worden.

Unter den großen Industrieländern sind es Deutschland und Frankreich, deren Außenhandel sich noch am besten gehalten hat. Dagegen haben die Vereinigten Staaten von Amerika seit 1929 die Hälfte ihres Welthandels eingebüßt und in Großbritannien ist die Ausfuhr stark zurückgegangen; beide Länder sind

in bezug auf ihre Ausfuhr stärker von überseeischen Märkten abhängig als Deutschland und Frankreich.

In Deutschland betrug im Monatsdurchschnitt die Einfuhr die Ausfuhr

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr
1928	1 167 000 000	1 023 000 000
1929	1 121 000 000	1 124 000 000
1930	866 000 000	1 003 000 000
1931	636 000 000	795 000 000

Im Auge zu behalten ist, daß die deutsche Ausfuhr wie auch die Ausfuhr anderer Länder, in den letzten Jahren zu einer Notausfuhr geworden ist, die nur unter starken Preisopfern noch verhältnismäßig hoch gehalten werden kann. Der Rückgang der deutschen Ausfuhr wird noch bedeutender werden, sobald die Folgen der gegenwärtigen deutschen Schwierigkeiten die Kaufkraft der mit Deutschland in engen Handelsbeziehungen stehenden Länder in noch größerem Maße beeinträchtigen werden.

In Frankreich sank der Einfuhrwert im Monatsdurchschnitt von 4852 Mill. Fr. 1929 auf 4362 Mill. 1930 und 3867 Mill. in der ersten Hälfte 1931. Der Monatsdurchschnitt des Ausfuhrwerts ging von 4178 Mill. Fr. 1929 auf 3569 Mill. 1930 und 2698 Mill. in den ersten sechs Monaten 1931 zurück. — Einem Rückgang der deutschen Ausfuhr von 29 Proz. steht eine Senkung der französischen Ausfuhr von 33 Proz. gegenüber. — In Großbritannien sank der Einfuhrwert im monatlichen Durchschnitt von 47,8 Mill. Sterling 1928 auf 47,1 Mill. 1929, 36,5 Mill. Sterling 1930 und 25,4 Mill. Sterling in der ersten Hälfte 1931. Von 1929 bis 1931 betrug die Senkung 46 Proz. oder nahezu die Hälfte. Der Monatsdurchschnitt des Einfuhrwertes sank von 92,6 Mill. Sterling 1929 auf 63,7 Mill. Sterling in der ersten Hälfte 1931. — Noch ausgiebiger war der Ausfuhrückgang in den Vereinigten Staaten, von wo 1929 im Monatsdurchschnitt Waren im Werte von 450 Mill. Doll. exportiert wurden, während in den ersten sechs Monaten 1931 der Durchschnittswert nur 215 Mill. Doll. betrug. Die Senkung machte genau

50 Proz. aus. Der monatliche Wert der Einfuhr ging in derselben Zeit von 367 auf 185 Mill. Doll. zurück oder um fast die Hälfte.

Sowohl die Vereinigten Staaten von Amerika wie Großbritannien exportieren vorwiegend typisierte Waren der Massenproduktion, deren Konjunktorempfindlichkeit anscheinend erheblich größer ist als die der Erzeugnisse mehr individueller Natur, wie sie von Deutschland und Frankreich auf den Markt gebracht werden.

Die Schrumpfung des Welthandels, die nicht nur wertmäßig, sondern zu einem guten Teil auch mengenmäßig ist, beweist, daß allenthalben eine Verbrauchseinschränkung stattfand, daß sich die Lage der konsumierenden Volksmassen in den letzten drei Jahre ganz allgemein verschlechtert hat. Eine auf Verbrauchssteigerung gerichtete Politik könnte wesentlich zur Rettung der falsch orientierten Wirtschaft beitragen. Der erste Schritt in dieser Richtung wäre die Einstellung weiterer Lohnsenkungen.

H. Fehlinger.

An alle unsere Mitarbeiter, Verbandsfunktionäre und Mitglieder

Mit der heutigen Nummer schließt der Jahrgang 1931 der „Gewerkschaft“ ab. Nr. 1 des neuen Jahrgangs 1932 erscheint mit Datum vom 9. Januar. Inhaltsverzeichnisse für 1931 werden auf Wunsch von der Expedition kostenlos abgegeben. Der neue Jahrgang der „Gewerkschaft“ bringt eine erhebliche Einschränkung unseres Raumes. Sowohl im Hauptorgan als auch in den Fachorganen. Um nun in diesem engeren Rahmen allen berechtigten Wünschen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen, müssen in Zukunft

alle Artikel wesentlich kürzer gefaßt werden. Mit dem Dank für die bisherige vielgestaltige Mitarbeit verbinden wir daher den Wunsch, auch im neuen Jahre die tatkräftige Unterstützung durch möglichst knappe und aktuelle Mitarbeit weiterhin zu betätigen.

Die Redaktion.

„Die Arbeitslosenfrage ist die Achillesferse des Kapitalismus“, sagte Bernard Shaw in einer Besprechung mit dem englischen Journalisten Maurice Lewis. Es gibt heute Menschen, die zwölf und sogar vierzehn Stunden täglich arbeiten, während andere genau gleiche Menschen mit der Arbeitslosenunterstützung faulenzten. Man kann das Arbeitsproblem nicht anders lösen, als daß man die Arbeit, die heute einer leistet, auf zwei verteilt, und das kann man wieder nicht tun, ohne das Lohnkonto zu verdoppeln. Wer gleichzeitig seine Produktion verdoppeln könnte, wäre in der Lage, seine Lohnausgaben ohne Renten- und Zinsenverminderung erhöhen zu können. Aber das ist auf die Dauer unmöglich oder mit anderen Worten, auf die Dauer ist der Kapitalismus unmöglich.

Arbeit und Brot für 5 Millionen Arbeitslose!

Über 5 Millionen Arbeiter und Angestellte, die seit Monaten und Jahren arbeitslos sind, wollen Arbeit und Brot. Die Arbeitslosen verzichten gern auf alle Unterstüzungen, wenn ihnen durch Arbeit eine menschenwürdige Existenz gewährt wird. Keine der vielen Notverordnungen schaffte Arbeit. Alle helfen die Zahl der Arbeitslosen zu erhöhen. Die Notverordnungen huldigen den Gedankengängen der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, die dahin gehen — Senkung der Löhne kurbelt die Wirtschaft an und schafft den Arbeitslosen Arbeit. Wenn seit beinahe zwei Jahren nach diesem Rezept verfahren wird, aber die Gesundung der Wirtschaft ausgeblieben ist, dann schreiben sie nach weiterer Lohnsenkung. Man könnte beinahe die Auffassung gewinnen, als ob ausschlaggebende Kreise der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände tatsächlich ganz anders schlussfolgern, nämlich wie folgt: Senkung des Lohnes, längere Arbeitszeit — mehr Arbeitslose — noch größeren Lohndruck. Als weitere Auswirkung Zerschlagung der Arbeitslosenversicherung, des Tarifvertragsrechtes — und wesentliche Verschlechterung der Sozialpolitik.

Eine gewisse Grenze findet dieses reaktionäre Geschrei an der unerträglich schrumpfenden Kaufkraft der Arbeitnehmer, die trotz aller tatsächlichen und indermässig vorgetäuschten Preisenkungen zu verzeichnen ist. Die sinkende Kaufkraft bringt weniger Umsatz und weniger Verdienst. Das wird sogar schon von den Arbeitgebern eingesehen. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ schreibt am 13. Dezember d. J.: „Stärkt den Binnenmarkt“. Als Hilfsmittel hierfür wird angegeben „Stärkung der Landwirtschaft (also teure Lebensmittelpreise?)“, Beseitigung der Tributlasten und der Zwangswirtschaft des Arbeitsrechts“. Der Versailles-Friedensvertrag wird mit der Tarifvertragsverordnung auf eine Stufe gestellt. Das ist sehr bemerkenswert und kennzeichnend für die nationale Würde der Unternehmer. Es wird in dem Artikel weiter darauf verwiesen, daß heute 50 Proz. der Ausgaben der Gemeinden an Unterstützung für die Arbeitslosen gezahlt werden müssen und daß damit der deutliche Beweis für die Unmöglichkeit der Weiterführung der heutigen Politik erbracht ist. Die Konsequenz, durch Arbeitsbeschaffung für die Hebung der Kaufkraft und Senkung der Wohlfahrtslasten zu wirken, wird aber nicht gezogen. Im Beiblatt der Zeitung zitiert man sich selber:

„Im Leitartikel der Nr. 49 der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung, „Zuviel Hände?“, ist nachgewiesen worden, daß Deutschland mit einer Dauerarbeitslosenziffer von wenigstens 3 Millionen zu rechnen haben wird. Die politische Vernunft sagt jedem, daß es auf die Dauer nicht möglich sein wird, die Arbeitslosenarmee dauernd durch Brot und Spiele bei guter Laune zu erhalten.“

Zu diesem Erguß wäre zu sagen, daß es unsittlich und eines Kulturvolkes unwürdig ist, die Ärmsten des deutschen Volkes so zu verhöhnern. Welches sind denn die „Spiele“, die den Arbeitslosen geboten werden? Nur ein Spiel wird getrieben, das ist das mit der Geduld der Arbeitslosen und der ganzen deutschen Arbeiterklasse. Man schreibt weiter:

Die schicksalhafte Verbundenheit von Löhnen und Preisen

Eine der ersten Taten des Herrn Reichskommissars für Preisüberwachung war sein Protest dagegen, Preisenkungskommissar genannt zu werden. Sein Protest hat sich anscheinend noch nicht herumgesprochen, denn fast die ganze Tagespresse nennt Goerdeler den Preisenkungskommissar. Wenn Herr Goerdeler sich auf seinen offiziellen Titel versteift, hat er ja recht. Aber nach der Notverordnung vom 8. Dezember hat er neben der Überwachung noch eine andere Aufgabe: „Hält der Reichskommissar Preise, Preispannen oder Zuschläge für überhöht, so trägt er für ihre Senkung Sorge.“ Also auch die Preisenkung gehört zu den Aufgaben Goerdelers. Wir wollen deshalb hoffen, daß seine Beruhigungsspielle, die er am 12. Dezember der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels gab, nur den Zweck hatte, die durch die Notverordnung und ihre Versprechung auf Preisenkung entstandene Störung des Weihnachtsgeschäfts zu mildern. In Form eines Appells an die Käufer, ihren weihnachtlichen Gefühlen keinen Zwang anzutun, sondern eifrig zu kaufen, wurde behauptet, daß „auf vielen Gebieten die Preisbasis schon ganz von selbst (!), natürlichen (!) Gesetzen entsprechend, stark heruntergegangen“ sei. Das gelte „vorzugsweise für Textilien und Schuhwaren“. Der „Konfektionär“ stellte für diese erste Amts-

„Es ist unsittlich und eines Kulturvolkes unwürdig, einen großen Teil der Bevölkerung dauernd aus der Produktionsgemeinschaft auszuschließen.“

Wir fragen, wer schließt die 5 Millionen vom Arbeitsmarkt aus? Das ist doch nach Auffassung der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände „gottgewollte“ privatkapitalistische Gesellschaftsordnung. Nur die Unternehmer verschieben ihr Kapital ins Ausland und lassen ihre Betriebe versacken. Tausende, der Zehntausende von Arbeitern aufs Pflaster brachte, ist sicher kein Gewerkschaftsböze. Freilich behaupten die Unternehmer mit den Nazis und Kozis, daß an allem Uebel der Welt, auch an der tobenden Wirtschaftskrise, nur die freien Gewerkschaften schuld sind. Diese Einheitsfront ist hergestellt und funktioniert außerordentlich zuverlässig. Die freien Gewerkschaften fordern u. a. seit langem Verkürzung und Regelung der Arbeitszeit, um den Arbeitslosen Arbeit und Brot zu geben, um dieser „Unsittlichkeit“ und „Kultur-schande“ zu steuern.

Diese Forderungen lauten: Die 48stündige Arbeitszeit gilt für die Woche (einschließlich Sonntags) als Höchstgrenze. Alle tarifvertraglich durch die Schlichter diktierete Mehrarbeitszeit (die noch bis zu 80 Stunden beträgt) ist restlos zu beseitigen. Alle Ueberstunden sind abzufeiern. Arbeiterentlassungen dürfen in keinem Fall vorgenommen werden, wenn die vorstehenden Forderungen nicht erfüllt sind. Eine Entlassung in solchen Fällen muß gesetzlich als unbillige Härte anerkannt werden. Wenn trotz Erfüllung der vorgenannten Forderungen Entlassungen erforderlich werden sollten, ist die Arbeitszeit bis auf 40 Stunden zu verkürzen. Die beste Regelung ist hierfür die Fünftagewoche. Eventuell könnte dieser Turnus auch auf die Woche abgestellt werden. Die vorhandene Arbeit muß zweckmäßigerweise eingeteilt werden. Das weitere Programm ist Arbeitsbeschaffung. Arbeit, die geleistet werden müßte, ist genügend vorhanden. Straßenbau und Verkehr, Meliorationsarbeiten. Arbeiten für öffentliche Versorgungsbetriebe aller Art können sofort in Angriff genommen werden. Das ganze Problem ist nur eine Finanzfrage. Milliarden, die für produktive Arbeit verwendet werden könnten, sind seht geleihtet. Milliarden werden der Landwirtschaft geopfert und letzten Endes für den persönlichen Gebrauch verwirrwirtschaftet.

Die Erfüllung unserer Forderungen, betreffend Regelung bzw. Verkürzung der Arbeitszeit, würde für Millionen Arbeiter Arbeit und Brot schaffen. Mindestens eine Milliarde, die nicht mehr für Unterstützungszwecke verbraucht wird, würde frei werden für neue produktive Arbeit.

Die Unternehmer bekämpfen diesen Plan. Die Regierung hat sich in der Notverordnung im Juli 1931 die Ermächtigung geben lassen, die Arbeitsbeschaffung durch Arbeitszeitregelung bzw. -verkürzung durchzuführen. Wann bedenkt die Regierung von diesen Vollmachten Gebrauch zu machen? P. S c h u l z.

handlung des Reichskommissars eine ganze Seite seines Riesenformats zur Verfügung und gab sie außerdem in tausenden Exemplaren als Flugblatt an die Einzelhandelsgeschäfte ab. Das war der erste Schritt zur Preisenkung.

Herr Goerdeler hat eine Chance — wie der Amerikaner sagt —, eine vielleicht nie wiederkehrende Chance, ein deutscher Führer zu werden. Wenn jedoch die Erklärung, daß viele Preise „ganz von selbst“ schon gesunken sind, zwar den von ihm erfundenen „natürlichen Gesetzen“ entsprechend, sein Programm ist, dann wird er bald sein Pfund schmählich vertan haben. Dann wird das deutsche Volk ihm den Ehrentitel Preisenkungskommissar sehr bald entziehen, ohne daß es dazu seines Protestes bedarf, dann wird das Volk ihn sehr intensiv auf seinen Platz in Leipzig zurückwünschen. Denn, Herr Goerdeler, Preisüberwachungen haben wir in Deutschland übergenug: Kartelle und andere Unternehmerabreden sorgen schon dafür, daß die Preise überwacht werden, und daß die Preise „längst gesunken“ sind, das haben uns die Fabrikanten und Händler vor Ihrer Erklärung oft genug erzählt (und hinterher im verstärkten Chor).

Herr Goerdeler will aber nun wirklich Preise abbauen: er hat sich die städtischen Werke vorgeknöpft. Hoffentlich werden die

Städte nicht durch Einnahmeausfall gezwungen, durch andere die breite Masse belastenden Steuern das Brüning-Programm, das ja den Reallohn auf dem alten Stand halten will, zu durchkreuzen. Auch die Transporte auf der Reichsbahn und den Kraftwagen werden billiger. Wenn es Herrn Goerdeler gelänge, alle diese Tariffenkungen zu Preissenkungen im Handel zu machen, dann wäre es das erste Mal, daß eine Tariffenkung dem letzten Verbraucher zugute käme. Bisher sind die Kostenersparnisse im Transportwesen immer zwischen Produzent und Verbraucher irgendwo hängengeblieben. Daß die Ermäßigung der Schiffs- und Hafengebühren zu einer Senkung der Frachtkosten in der Binnenschifffahrt führen wird, bezweifeln wir. Zu einer im Verkaufspreis des beförderten Gutes fühlbar werdenden Frachtermäßigung kann es bei dem Tiefstand der Binnenschifffahrtstrachten nicht kommen. Das Ganze scheint uns mehr ein Steuernachlaß zu sein.

Herr Goerdeler will keinen großen Apparat aufbauen. Das ist lobenswert, fiskalisch gesehen, ob es dem Preisabbau förderlich ist, wird sich bald erweisen. Der Reichskommissar will sich auf die ehrenamtliche Mitarbeit von Sachverständigen stützen. Wir haben so das Gefühl, als wären diese eifrigen Leute mehr Interessenten als Sachverständige. Um so notwendiger wird es für die Gewerkschaften und die Gewerkschaftsspitzen sein, sich hier einzuschalten. Herrn Goerdelers Objektivität zweifeln wir nicht an, aber den Weg zur objektiven Erkenntnis, scheint uns, hat sich Goerdeler durch seine Erklärung vom 12. Dezember versperrt. Wie auf Kommando folgten seiner Erklärung die Erklärung aller möglichen Interessentenkreise, daß sie die Preise schon längst gesenkt hätten. Die Herren vergessen, daß dem guten Herzen keine Grenze gesetzt ist: so wenig sie gezwungen sind die Löhne auf den von der Notverordnung erlaubten niedrigsten Stand zu bringen, so wenig sind sie gehindert, ihrem berühmten Patriotismus die Zügel schießen zu lassen und die Preise endlich der Kaufkraft anzupassen. Hohe und niedrige Preise, das sind am Lohn des Arbeiters gemessen nur relative Begriffe. Für den Arbeiter ist jeder Preis zu hoch, den er bei seinem niedrigen Einkommen nicht bezahlen kann. Dabei möchten wir die Leute, die mit Indezahlen arbeiten, darauf aufmerksam machen, daß die Senkung der Preise für Butter, Kaffee, Tee, Weizenbrot usw. für den Arbeiter ohne Interesse ist, dessen Lohn kaum ausreicht Margarine, Roggenkaffee und Roggenbrot zu kaufen. Es sagt eine

Preissenkung auch nichts über die Wechselwirkung von Lohn und Preis. Schon vor zwei Jahren erklärte der Handel, er könne einen weiteren Preisabbau nicht tragen. Trotzdem mußte er die Preise weiter senken, denn die beliebte Rechnung, kleiner Umsatz bei hohen Preisen, ist gleich großem Umsatz bei niedrigen Preisen, ging nirgends glatt auf.

Herr Goerdeler hat deshalb mit seiner Erklärung, daß besonders im Textil- und Schuhwarenhandel die Preise gesunken sind, durchaus recht. Aber noch viel richtiger ist, daß der Brotverbrauch um 30 Proz., der Schuhverbrauch um 50 Proz. zurückgegangen ist, und daß es Millionen Deutsche gibt, die nur ein Hemd haben, das sie nicht zu ersetzen wissen, wenn es morgen verschleißt ist. Es kommt also, Herr Reichskommissar, nicht darauf an, ob die Preise schon gesenkt sind, es kommt nicht einmal darauf an, ob die Preise hoch oder „niedrig“ sind — es kommt einzig darauf an, die Preise so zu stellen, daß sie mit den niedrigen Löhnen zu bezahlen sind. Das ist die „schicksalhafte Verbundenheit von Löhnen und Preisen“ von der Brüning sprach. Wir billigen Herrn Goerdeler den besten Willen zu, aber wenn es ihm nicht gelingt, durch Preissenkung die von der Reichsregierung gewünschte Relation zwischen Lohn und Preis herzustellen, dann ist die „neue Lage“ entstanden. Aus dieser „neuen Lage“ rettet uns nur eine Erhöhung der Löhne oder — der endgültige Zusammenbruch.

In einer Polemik gegen das Bestreben der Reichsbahn, die Autokonkurrenz zu vernichten, entschlüpfte im Mai 1931 dem Textilfachmann Hans Franzmeier folgendes Geständnis: „Die Zeiten, da die Textilerzeugnisse das Dreifache oder Vierfache der Vorkriegsjahre kosteten, sind vorbei.“ Hier hat der Reichskommissar das Argument gegen jene Interessenten, die die Preise „schon gesenkt“ haben. Es ist eine Brücke, zu der Herr Goerdeler sich bewußt oder unbewußt den Weg bahnte, durch die Erklärung, daß die „Preisbasis“ schon gesunken ist. Vergleichen Sie, Herr Reichskommissar, die Preisbasis, die Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt mit den deutschen Einzelhandelspreisen, dann werden Sie den Weg finden, die Preise in Uebereinstimmung zu bringen mit der Kaufkraft der Löhne, die uns die Regierung im Interesse der Währungsstabilität glaubt aufzwingen zu müssen.

An der Mitarbeit der Gewerkschaften wird es nicht fehlen.

C. C.

Nationalisierung der Warenversorgung durch die Konsumgenossenschaften

So groß die Anstrengungen des Privathandels auch sein mögen, die wirtschaftliche Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die Bevölkerung zu verkleinern, sie sogar als gar nicht vorhanden anzusehen, so sehr sprechen die einfachen Tatsachen gegen die meist rein theoretischen Beweisführungen und noch viel mehr die ökonomische genossenschaftliche Struktur im Endeffekt gegen die immer wieder versuchte Herabsetzung der volkswirtschaftlichen Bedeutung der konsumgenossenschaftlichen Bedarfsdeckungswirtschaft. Was zu beweisen ist.

Erst in jüngster Zeit durchlief eine Propagandanotiz der Einkaufsgenossenschaft deutscher Kolonialwarenhändler (Sitz Berlin), genannt „Edeka“, die Presse, worin mitgeteilt wurde, daß die bestehenden 427 örtlichen Edeka-Geschäfte etwa 28 000 Edeka-Kaufleute mit rund 32 000 Edeka-Geschäften umfassen, deren gesamter Einzelhandelsumsatz für das Geschäftsjahr 1930 auf rund 1800 Millionen Mark geschätzt wurde. Und mit besonderer Genugtuung wurde festgestellt, daß dieser Umsatz den der deutschen Konsumgenossenschaften um 300 Millionen Mark übertriffe. Zahlenmäßig richtig. Geht man den Dingen aber auf den Grund, so erkennt man sofort, daß im Wesen der Sache die volkswirtschaftliche Bedeutung des Umsatzes ganz unbedingt auf Seiten der Konsumgenossenschaften sich befindet.

Es ist zunächst zu beachten, daß bei den Konsumgenossenschaften fast ausschließlich die Lebensmittelversorgung das Kennzeichen des Warenumsatzes bildet, während im Einzelhandel der Edeka-Genossenschaften eine große Anzahl anderer Warengattungen dem Umsatz eine stärkere Unterlage gibt. Und trotzdem zeigt sich bei der Untersuchung über das Zustandekommen des Umsatzes, daß die konsumgenossenschaftliche Warenversorgung verhältnismäßig weitaus an der Spitze steht, weil sie im Wesen „rationalisiert“ ist. Denn der Umsatz der Konsumgenossenschaften entsteht in nur 13 200 Verteilungsstellen, denen 32 000 Edeka-Geschäfte gegenüberstehen, so daß bei einem Umsatz von 1500 Millionen Mark bei den

Konsumgenossenschaften auf eine Verteilungsstelle 113 643 Mk. im Jahresdurchschnitt entfallen, bei einem Umsatz von 1800 Millionen Mark der Edeka-Geschäfte aber nur 56 250 Mk. — also noch nicht die Hälfte des konsumgenossenschaftlichen Warenumsatzes.

Diese tatsächliche Feststellung bildet zweifellos einen der im Wesen entscheidenden Punkte der Ueberlegenheit der genossenschaftlichen Warenversorgung gegenüber dem Privathandel, die noch stärker darin zum Ausdruck kommt, daß den 28 000 Geschäftsinhabern der 32 000 privaten Handelsgeschäfte nur 1251 Konsumgenossenschaften als „Geschäftsinhaber“ gegenüberstehen.

Aus der Tatsache des mehr als doppelten Warenumsatzes einer genossenschaftlichen Verteilungsstelle gegenüber dem privaten Einzelhandel wird nun auch verständlich, warum in den Jahren 1927 bis 1930 nach der amtlichen Preisstatistik, verglichen mit einer absolut einwandfreien Vergleichsstatistik des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine die Preise der Konsumgenossenschaften um 3 Proz. unter denen des Privathandels lagen, wozu noch ein Rabatt von 4 bis 5 Proz. kommt, so daß die Preise 7 bis 8 Proz. unter denen des Privathandels sich befinden. Volkswirtschaftlich gesehen macht diese Preisdifferenz bei einem Gesamtumsatz von 30 Milliarden im Einzelhandel die gewaltige Summe von 2100 bis 2400 Millionen Mark jährlich aus. Diese im Wesen der Konsumgenossenschaften liegende Rationalisierung der Warenversorgung wird gestützt durch die genossenschaftliche Eigenproduktion mit einem Anteil von 35 Proz. in eigenen Betrieben erzeugten Gütern am Warenumsatz von 1500 Millionen Mark — eine Erscheinung, der vom privaten Einzelhandel nichts Ähnliches entgegengesetzt werden kann. Und da der Wirtschaftsnutzen der aus der genossenschaftlichen Gütererzeugung und Warenverteilung den Verbrauchern selbst zugute kommt, so ist die absolute Ueberlegenheit der rationalisierten konsumgenossenschaftlichen Warenversorgung eine nicht wegzuleugnende Tatsache. ff.

Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!



Die Erfüllung dieses alten Weihnachtsrufes fordern wir Gewerkschaftler und Sozialisten, wir Proletarier in Stadt und Land dringender als je. Wo kann heute wirklich Weihnachtsstimmung aufkommen, da die tiefste Not, die das kapitalistische Wirtschaftssystem während sogenannter Friedensjahre hervorrief, die größte Unzufriedenheit in allen Bevölkerungsschichten erzeugt hat.

Weihnachten 1931! Erinnert uns dieses Fest nicht an die Weihnachtstage der Jahre 1918 und 1919? Damals, 1918, war zwar das Massenmorden an den Fronten in Frankreich und Belgien, in Italien, Bulgarien und in der Türkei wenige Wochen vorher eingestellt worden. In den Straßen von Berlin aber raste gerade in den Weihnachtstagen der von Spartakus inszenierte Bürgerkrieg, dem bewaffnete Aufstände in Hamburg, Bremen, Braunschweig, Düsseldorf, Dresden, Leipzig usw. folgten. Die Wirtschaft lag infolge des 4½-jährigen Krieges vollständig danieder und das ausgezogene Land konnte seine Bewohner nur auf die knappsten Lebensmittelrationen setzen. Das deutsche Volk litt ungeheuer schwer unter den Folgen des von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aller Länder verschuldeten schlimmsten aller Kriege. Dabei war zunächst noch kein Friede. Der schwer erfüllbare Waffenstillstand drohte jeden Augenblick wieder in Kriegshandlungen umzuschlagen. Um das zu verhindern, bedurfte es ungeheurer Anstrengungen, um den unersättlichen Feind zufriedenzustellen. Für die Millionen Menschen, die von den Kriegsfrenten zurückströmten, mußte in der völlig zerrütteten Industrie und bei vernichtetem Außenhandel wieder Arbeitsgelegenheit geschaffen werden. Im Inlande provozieren Spartakisten, Kommunisten, Nationalisten und bewaffnete Landsknechtsscharen unter dem Schlächterschlag:

„Hakenkreuz am Stahlhelm, schwarzweißrotes Band.

Die Brigade Ehrhardt werden wir genannt“, immer neue Unruhen. Dazu kam das unter dem Schutze des Entenemilitarismus stehende Separatistengesindel (wir nennen hier nur den sauberen Staatsanwalt Dr. Dorten und den Chemiker Haas), das den Bestand des Deutschen Reiches noch besonders in Gefahr brachte. Unter der Wucht dieser Ereignisse ist damals Uebermenschliches von den führenden Männern in Regierung und Nationalversammlung geleistet worden, um Deutschland vor völligem Chaos und Zerfall zu retten und dem Wiederaufbau und der Ordnung entgegenzuführen.

Wer waren denn die Leute, die dieses Uebermenschliche vollbrachten? Es waren schlichte Leute aus der Werkstatt, Sozialdemokraten und Gewerkschaftler; Leute, die vorher führende Stellungen im Staate wegen ihrer sozialdemokratischen Gesinnung nicht einnehmen durften. Denn der Freiheitskämpfer von 1813 auf die Frage der Kinder und Enkel, „Wer hat die Leipziger Schlacht geschlagen?“ antwortete:

„Es wären die Leineweber und Krümper,
des Lebens verachtete Stümper,
und Deutschlands heilige Jugendglut“,

so können wir heute sagen: Staat und Wirtschaft nach dem Kriege haben gerettet die Sattler und Schriftsetzer, die Drechsler und Schlosser und die Millionen vom Glauben an die Republik und an sozialistisches Werden

erfüllten Gewerkschaftler und Sozialdemokraten. Dafür müssen sie sich heute von den Staatsverderbern von damals und heute, Hitlerscher, Hugenbergischer und Dingeldeyscher Couleur, als Vaterlandsverräter beschimpfen lassen.

Und wie ist es heute? Gewiß, es ist kaum anzunehmen, daß Hitlers „rauhe Kämpfer“ und Thälmanns verkappte Rotfrontler an den Weihnachtstagen prügelnd und schießend durch die Straßen ziehen werden; denn die Brüning-Regierung hat ja für 1931 den Weihnachtsfrieden notverordnet. Dieser Friede ist aber noch weniger als ein Waffenstillstand während des Krieges. Der 11. November 1918 brachte uns die fast absolute Zuversicht, daß er der letzte Tag des Menschenmordens sei, und daß der Friedensschluß bald folgen werde. Zu Weihnachten 1931 aber schwelt unter der Decke der Bürgerkrieg, der Weihnachten 1918 in Berlin tobte, und seit Monaten ist kaum ein Tag vergangen, wo nicht aus einer Ecke Deutschlands von schlimmstem Nazi-Terror berichtet wurde. Viel wird von dem weiteren Verhalten der Reichsregierung abhängen, ob der Bürgerkrieg trotz Hitlers Legalitätsschwüre zum offenen Ausbruch kommt. Herrschten zu Weihnachten 1918 die primitivsten Ernährungsverhältnisse, weil es im ganzen Lande an Nahrungsmitteln fehlte, so besteht 1931 der gleiche Zustand, weil — „wunderbare“ Einrichtung der kapitalistischen Gesellschaft — zu viel da ist und deshalb viele Millionen keine Arbeitsgelegenheit und kein Geld erhalten, sich Lebensmittel zu kaufen. Den aber noch in Arbeit Stehenden wird der Brotkorb ebenfalls immer höher gehängt durch unaufhörliche Lohnsenkungen, denen Preisenkungen höchstens im weiten Abstände folgen. Uebersehen man die Gesamtsituation in diesen Weihnachtstagen:

Fortgesetzte Angriffe auf den Bestand der demokratischen Republik,

schwere Bedrohungen der Arbeiterrechte,
dauerndes Herabsinken des Lebensstandards,
unaufhörlich steigende Arbeitslosennot,
latenter Bürgerkrieg,

dann kann von einem Weihnachtsfrieden, trotz Notverordnung, keine Rede sein. Das ist Wirtschaftskrieg in schwerster Form, und die verzweifelte Stimmung der hungernden Massen erdrückt nicht nur bei ihnen jede Weihnachtsfreude, sondern überträgt den Pessimismus auch auf diejenigen, denen es noch leidlich gut geht, die aber mit den Bedrückten fühlen.

Dennoch dürfen wir nicht verzweifeln; denn wir sind Sozialisten und haben erkannt, daß alles Elend der Welt aus der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung geboren ist, und daß eine neue bessere Gesellschaftsordnung, die sozialistische, an ihre Stelle treten wird, für die wir seit Jahrzehnten kämpfen.

Gerade in diesen Tagen sind wir hoffnungsvoller als früher; denn noch niemals hat es im kapitalistischen Gebälk so bedenklich geknistert und gekracht wie jetzt. Es zeigt uns, die Stunde kapitalistischen Zusammenbruchs ist nahe. Und darum nehmen wir trotz tiefer Verzweiflungstimmung den Kampf auf, stellen uns in Reih und Glied in Gewerkschaften und Partei zum Kampf gegen den Kapitalismus mit seinem Proletariatselend und für den aus Not und Jammer befreienden Sozialismus. Ist dieses Ziel erreicht, dann wird sein: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!“

G. Renner.

Zum Kriege rüsten heißt Frieden erhalten?

Sis vis pacem, para bellum. Wenn du den Frieden willst, rüste zum Krieg, sagen die Militärs. Zwar ist das logischer Widerspruch — aber so ist die Welt. Welches Volk beteuert es nicht aufs entschiedenste, daß es den Frieden wie einen Augapfel schütze und hüte? In der französischen Kammer sogar gerieten sich dieser Tage die Parteien deshalb in die Haare, weil keine sich von der anderen an Friedenswilligkeit übertreffen lassen wollte.

So sieht die Wirklichkeit heute aus: die Zahl der aktiven Soldaten in der Welt ist größer als vor dem großen Stahlbad. Sie beträgt 6,9 Millionen! Die ausgebildeten Reservisten belaufen sich auf 39 Millionen! Ihre Fähigkeit, zu töten, wurde ums Diebfache durch eine umfangreichere und qualitätsvollere Bewaffnung gesteigert. Die etwa 18 000 Maschinengewehre von 1914 sind auf 256 000 im Jahre 1930 gestiegen. Die im letzten Krieg aufgetauchten neuen Kampfmittel, Flugzeuge und Tanks sind seitdem außerordentlich vervollkommenet und in ihrer Wirkung gesteigert worden. Zu Tausenden sind sie bereit, in Funktion zu treten, sobald der überempfindliche diplomatische Apparat sie entfesselt. Das Ungeheuerlichste aber ist etwas anderes. Die umwälzende Technik — denn wenn etwas seit dem Weltkriege nicht stillgestanden hat, dann ist es die Entwicklung der Waffen — hat den Krieg zwischen den Armeen auf den klar erkennbaren Fronten beseitigt. An die Stelle der Soldaten tritt das ganze Volk, der Unterschied zwischen Soldat und Zivilist ist aus einem wesentlichen nur mehr zu einem graduellen geworden, und das ganze Land wird Kriegsgebiet. In Zukunft sind die Frauen und Kinder nicht weniger gefährdet als die Soldaten an der „Front“. Das ist das Ergebnis der Luftwaffe, der Ferngeschütze, der Bombenabwürfe, die mit Brisanzstoffen oder tödlichen Gasen geladen sind. Und gegen die Luftwaffe, deren Schwärme zu Tausenden das Land überziehen werden, gibt es keine erfolgreiche Abwehr, wie alle diesbezüglichen Manöver bis jetzt bewiesen haben. So ist's — während das konservative und ewig romantische Denken der Menschen, das besonders in den Jugendlichen der höheren Schulen kultiviert wird, von heldenhaften Taten im Schlachtengetümmel mit schmetternden Fanfaren und blitzenden Waffen träumt, schlecht in Wirklichkeit der Kanonier oder MG-Schütze, in die Erde eingegraben, auf ein mathematisch errechnetes unsichtbares Ziel und in den Städten verenden zwischen den einstürzenden Häusern im giftigen Nebel die Zivilisten, Greise und Säuglinge, wie die Ratten.

Für diesen nicht mehr zu überbietenden Wahnsinn werden jährlich, offiziell zugestanden, also ohne die verschleierte Kosten, nach dem Militärjahrbuch des Völkerbundes, 19,7 Milliarden Mark in der Welt ausgegeben, die wirtschaftlich aus Mangel an Kapital sich in der größten Krise aller Zeiten windet! 19,7 Milliarden sind fast doppelt soviel wie Deutschland seit der Inflation an Reparationen gezahlt hat! Produktiv verwendet würden sie hinreichen, im Verlauf weniger Wochen die ganze Arbeitslosigkeit der Welt zu beseitigen!

Welch ein Wahnsinn! Welch eine Verhöhnung der Friedensbotschaft des Christentums, das die Grundlage unserer abendländischen Kultur bildet! Wie ist solches möglich, nachdem man erst die furchtbaren Erfahrungen des Weltkriegs mit 10 Millionen Toten gemacht und deshalb feierlich Abrüstung geschworen hat?

Zwei Gründe erklären diese Ungeheuerlichkeit. Erstens die an sich berechnete Sorge jedes Volkes um seine Sicherheit, seine Existenz und zweitens das Interesse der Rüstungsindustrie. Man muß dem Volk vorgaukeln, daß sein Leben gefährdet ist, dann wird es zu allen Ausgaben und jeder Dummheit bereit sein. Die Interessenten aber verstehen es ausgezeichnet, jene Angst im Volke wachzuhalten, das in allen Ländern friedfertig ist, aber jederzeit zu einem rasenden Stier aufgestachelt werden kann. Die große Presse Frankreichs steht unter dem Einfluß der an Frankreichs Rüstungen Verdienenden. Als 1927 in Genf Seeabrüstungsbesprechungen gepflogen wurden, schickten die amerikanischen Rüstungsinteressenten einen bezahlten Agenten namens Shearer mit dem Auftrag dorthin, die Verhandlungen zu stören. Jährlich werden 6 Milliarden Mark für Kriegsmaterial von den blinden und ängstlichen Völkern ausgegeben. Wieviel läßt sich daran verdienen! Eine Abrüstung würde diese leicht und außerdem noch mit Ehren besohnte Verdienstmöglichkeit der Schneider, Dickers, Dupont, Sada gefährden, also wehren sie sich, macht ihre Presse und ihr Trabantentzög die Abrüstung zu einer lächerlichen Weltfremdheit von Ideologen und Vaterlandsverrättern, wie Sozialisten, Kant und Christus.

Wer für die Macht der Interessen ein Beispiel braucht, denke an die Rüstungsindustrie, denn sie bringt es zumege, aus Unstern Logik, aus Profitgier patriotisches Verdienst, aus dem Friedenskinder in der Krippe den Gott der Schlachten werden zu lassen.

Aber setzen sie auch zehnmal mit Tod und Teufel salbungsvoll im Bund, der Friedensgedanke muß schließlich doch siegen. In einigen Wochen beginnt die Abrüstungskonferenz in Genf. Die Anhänger der Vernunft sind zäh wie die Interessenten. Sie kämpfen um jeden Schritt nach vorwärts und lassen sich durch keinen Rückschlag entmutigen.

Zu ihnen gehört die gesamte sozialistische Bewegung, zu ihr gehört die Internationale der öffentlichen Dienste, der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Ihre Forderung zur Abrüstung zur Sicherung des Friedens heißt: Verstaatlicht die Rüstungsindustrie. Abrüstung ist nur schrittweise möglich. Drum verhindert, daß in der Zeit von einem zum anderen Schritt in dieser Richtung die Rüstungsfabrikanten ihren gesamten Apparat zur Beeinflussung der Völker spielen lassen. Jeder private Betrieb muß verdienen, sein Kapital verzinsen. Also muß er Absatz suchen, seinen Markt vergrößern. Also muß der private Rüstungsbetrieb die Aufrüstung verlangen, Konflikte schüren, den Radaupatriotismus unterstützen, die Abrüstungs- und Friedensbestrebungen stören. Ist am Rüsten und am Kriegsführen nichts mehr zu verdienen, dann werden die Konflikte zwischen den Völkern schiedsgerichtlich beigelegt. Der öffentliche Rüstungsbetrieb erfüllt bis zur vollen Abrüstung seine Aufgabe, besser als der private.

Ehrlichkeit und Hand aufs Herz! Wer den Frieden will, muß die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie als Beginn der Totalabrüstung verlangen. Wir sehen in Ehrfurcht und Andacht an Weihnacht vor unserm geistigen Auge das Kind in der Krippe. Wer vor diesem Symbol des Lebens niederkniet, muß das Töten hassen. Er müßte sich zu uns gesellen, zu den Gegnern derer, die an den Waffen verdienen. Dalkin Hartig.

Der Bundesausschuß des ADGB. zur Vierten Notverordnung

Am 15. Dezember 1931 trat der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zusammen, um zu der neuen Notverordnung Stellung zu nehmen.

Kollege Leipart eröffnete die Verhandlungen mit grundsätzlichen Ausführungen über die einschneidenden Maßnahmen, die von der Reichsregierung angeordnet worden sind. Der Bundesvorstand hat in den letzten Wochen sich immer wieder bemüht, die einheitliche Gewerkschaftsfront auch in dieser kritischen Situation aufrechtzuerhalten. Diese Bemühungen waren erfolgreich und sind auch auf die öffentliche Meinung nicht ohne Eindruck geblieben. Diese Front umfaßt nicht nur die Arbeiter und Angestellten aller Richtungen, sondern auch die Beamten. Die Vertreter sämtlicher Spitzenorganisationen waren am 14. Dezember noch einmal beim Reichskanzler. Sie haben insbesondere gegen die tarifrechtlichen und lohnpolitischen Bestimmungen Einspruch erhoben und Sicherungen gefordert, die dem nunmehr geltenden Notrecht in seiner praktischen Anwendung feste Grenzen ziehen sollen, die weder von den Arbeitgebern, noch vom Schlichter nach Gutdünken überschritten werden dürfen. Die Reichsregierung ist in der letzten Notverordnung scheinbar der Forderung der Gewerkschaften nach Erhaltung des Reallohnes entgegengekommen. Aber nur scheinbar. Denn glaubt jemand daran, daß die Preissenkung wirklich vor dem 1. Januar und im gleichen Verhältnis wie die dann folgende Lohnsenkung durchgeführt werden wird? Darauf aber kommt es an. Die Preissenkung muß der Lohnkürzung vorangehen. Es darf sich nicht wieder um einseitige Vorleistungen der Arbeitnehmererschaft handeln. In der neuen Notverordnung steht kein Wort von Arbeitsbeschaffung. Die ungeheuren freierwerbenden Mittel müssen aber wenigstens teilweise zu diesem Zweck, nicht zuletzt für den Kleinwohnungsbau bereitgestellt werden. Die Regierung muß einen positiven Plan vorlegen, um die Arbeitslosen in den Produktionsprozeß wieder einzuschalten. Einseitigen Begünstigungen der Unternehmer (Steuernachlässe usw.) stehen schwere Belastungen der arbeitenden Bevölkerung gegenüber. Die Eingriffe in das private Vertragsrecht sind fest begrenzt, dagegen sind dem Belieben des Schlichters, in die Tarifverträge verwickelnd einzugreifen, viel weitere Grenzen gezogen. Dieses Recht des Schlichters muß beschränkt werden. Dieselben bestehen keine Tarifverträge mehr. Die Gefahr besteht, daß künftig dieser unregelmäßige Zustand noch viel weiter um sich greift. Will die Regierung unter diesen Verhältnissen wirklich Ernst machen mit der Einschränkung der Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen? Kann sie das verantworten, da doch die Notverordnung selbst gleichsam einen Schiedspruch darstellt? Sie dekretiert eine Lohnsenkung. Sie erklärt diese Lohnsenkung für verbindlich, ja für allgemeinverbindlich. Unter diesen Verhältnissen ist die Herbeiführung tarifvertraglicher Lohnregelungen durch Verbindlichkeitsklärung doppelt notwendig. — Unmöglich ist das Ausnahme-recht für die Bergarbeiter wie für die Gemeinde- und Staatsarbeiter. Für beide Kategorien von Arbeitnehmern müssen Verhandlungen zugelassen werden, die unter Umständen günstigere Bedingungen ermöglichen. Auch in diese Verhandlungen muß der Schlichter eingeschaltet werden.

Dann berichteten Spliedt über die tarifrechtlichen und lohnpolitischen Bestimmungen der Notverordnung, Eggert über die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Maßnahmen und Welker über die Bestimmungen der Notverordnung zu den Verschlechterungen der Leistungen der Sozialversicherung.

In der Aussprache wurde insbesondere scharfe Kritik daran geübt, daß die Regelung der Arbeitsbedingungen für die Arbeiter in den Betrieben des Reiches, der Länder und Gemeinden immer mehr dem Bereich des Arbeitsministeriums entzogen und in die Hand des Reichsfinanzministers gelegt wurde. Die Notverordnung bringt diese Entwicklung zum Abschluß. Sie bedeutet die Ausschaltung des Arbeitnehmers der öffentlichen Betriebe aus dem allgemeinen Arbeitsrecht. Die Löhne werden in einer erheblichen Zahl der Gemeinden durch die Notverordnung unter den Stand vom Januar 1927 herabgedrückt.

Der Bundesausschuß gab seiner Stellung zur Notverordnung Ausdruck durch einmütige Annahme folgender Entscheidung:

„Der Bundesausschuß stellt fest, daß die Regierung in der Notverordnung die wiederholten ersten Warnungen der Gewerkschaften unberücksichtigt gelassen und statt dessen den von den Arbeitgebern erhobenen Forderungen nachgegeben hat. Die schwerwiegenden Bedenken gegen einen allgemeinen Lohnabbau bestehen unvermindert fort, um so mehr, als in den Maßnahmen zum Abbau der Preise keinerlei Bürgschaft für einen auch nur annähernden Ausgleich der Kaufkraftminderung zu erblickt ist.

Insbesondere müssen die Ausnahmebestimmungen gegen die Arbeiter des Kohlen- und Kali-Bergbaues und der in

öffentlichen Betrieben und Körperschaften beschäftigten Arbeitnehmer entschieden bekämpft werden.

Daß zu der allgemeinen Lohnsenkung auch noch eine starke Einschränkung der Leistungen der Sozialversicherung hinzutritt, zeigt, daß die schwersten Opfer wiederum der Arbeiterschaft aufgebürdet werden.

Niemand kann ein größeres Interesse am wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands, an politischer Beruhigung und an der Erhaltung eines geordneten Staatslebens haben, als die Arbeiterschaft. Es sind aber stärkste Zweifel berechtigt, ob die Notverordnung das deutsche Volk diesem Ziele näher führt.

Nachdem trotz aller Warnungen vor den sozialen und wirtschaftlichen Gefahren der in der Notverordnung gezeichnete Weg gegangen wird, lehnen die Gewerkschaften jede Verantwortung für die aus der Lohn- und Gehaltsenkung ohne Vorleistung einer durchgreifenden Preissenkung sich ergebenden Folgen nachdrücklich ab. Jedoch fordert der Bundesausschuß von der Regierung, daß nunmehr alle dem Preisabbau dienenden Maßnahmen nicht weniger rücksichtslos durchgeführt werden als die außerordentlichen Eingriffe in den Lohnstand und in das kollektive Arbeitsrecht. Die Gewerkschaften werden von sich aus alle Anstrengungen machen, auf einen fühlbaren Preisabbau hinzuwirken. Weiter verlangt der Bundesausschuß, daß schnellstens ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm durchgeführt wird zur endlichen Entlastung des Arbeitsmarktes und zur Behebung der Arbeitslosennot.

An die Arbeiterschaft in den Betrieben richtet der Bundesausschuß — unter Hinweis auf die nach dem 30. April 1932 zu erwartende Einschränkung der Verbindlichkeitsklärungen — die Aufforderung zu erhöhter Kampfbereitschaft. Die in Aussicht genommene Lockerung des Schlichtungswesens muß zwangsläufig zu einer Steigerung der Arbeitskämpfe führen. Deshalb gilt es, für diese Kämpfe schon jetzt zu rüsten durch Festigung und Ausbau der Gewerkschaften.

* * *

Der AFA-Bundesausschuß, der am 16. Dezember 1931 tagte, nahm zur Notverordnung folgende Entscheidung an:

„Der am 16. Dezember 1931 im Industriebeamtenhaus zu Berlin tagende AFA-Bundesausschuß erblickt in der Vierten Notverordnung vom 8. Februar 1931 den mißglückten Versuch der Reichsregierung zur Schaffung eines Winterprogramms. Diese Notverordnung entspricht weder den Mindestforderungen sozialer Gerechtigkeit, noch ist sie geeignet, eine Entspannung der Wirtschaftskrise zu bringen. Die Senkung der Zinsen, der Mieten und der gebundenen Preise vermag nicht darüber hinwegzuführen, daß auch weiterhin die Lasten aus der Krise in der Hauptsache auf die Angestellten, Arbeiter und Beamten abgewälzt werden sollen. Die Regierung scheut sich nicht, diktatorisch in die Tarifverträge einzugreifen, durch schematische Lohn- und Gehaltsenkung die Lebenshaltung der Angestellten im allgemeinen auf das Niveau vor 1927, im Bergbau und bei den Behörden sogar bis zum Jahre 1924, zurückzuwerfen. Während Löhne und Gehälter rücksichtslos und mechanisch gesenkt, die Leistungen der Sozialversicherung weiter abgebaut werden, wird eine gleiche Verbilligung der Lebenshaltung lediglich angekündigt. Angesichts der Erhöhung der Umsatzsteuer und der Tatsache, daß die Zölle in ihrer bisherigen Höhe unverändert bleiben, ist mit einer ausreichenden Senkung der Lebenshaltungskosten nicht zu rechnen. Die Notverordnung bringt somit eine einschneidende Verminderung des Real Einkommens aller Arbeitnehmer. Sie zeigt keinen Weg aus der Krise, sondern hemmt durch verfehlte Maßnahmen die neue Belebung des Marktes. Der Abbau der Hauszinssteuer bringt dem Hausbesitz neue Geschenke und legt den Baumarkt auf Jahre hinaus lahm. Die Art der Lohnsenkung begünstigt die am schlechtesten gelassenen überschuldeten Unternehmungen und beeinträchtigt sowohl die Kapitalbildung als auch die erforderliche Vereinigung der Wirtschaft. — Wohl hat die Reichsregierung auch in die privatrechtlichen Verträge und in den Kreditverkehr der kapitalistischen Wirtschaft eingegriffen, ohne jedoch einen entscheidenden Schritt zur planmäßigen Gestaltung der Produktion zu tun. Es wird versucht, die Krise allein von der Geldseite her zu überwinden, anstatt zur gemeinwirtschaftlichen Regelung der Kapitalverteilung, zur Kontrolle der Preise und Gewinne, zur Umstellung der Handelspolitik im Sinne internationaler Zusammenarbeit vorzustufen. Die Notverordnung ist von Halbheiten und inneren Widersprüchen erfüllt; sie pendelt zwischen zwei Wirtschaftssystemen hin und her. Sie kann keine Milderung der wachsenden Not der Angestellten bringen, sie droht vielmehr, durch die weitere Schrumpfung des Inlandsmarktes zur Zuspitzung der wirtschaftlichen und damit auch politischen Lage zu führen. Der AFA-Bundesausschuß erhebt deshalb gegen die Vierte Notverordnung entschieden Einspruch. — Er verweist die Angestellten erneut auf die vom 4. AFA-Gewerkschafts-kongress gewiesenen Wege, um kraftvoll und beschleunigt den erforderlichen Umbau des heutigen verfallenden Wirtschaftssystems herbeizuführen. Dieser Kampf ist nicht zu trennen von dem aktiven Widerstand gegen Faschismus und Sozialreaktion. Die freien Gewerkschaften sind entschlossen, den entscheidenden Kampf zwischen den republikanischen Kräften der Angestellten, Beamten und Arbeiter und dem aufstrebenden Faschismus anzunehmen. Der Bundesausschuß ruft die Angestelltenschaft auf, sich als wichtiger Faktor in diesen Kämpfen um das Banner der freien Gewerkschaften zu sammeln. Nur eine breite Gewerkschaftsfront verbürgt die erfolgreiche Abwehr des Faschismus und den Aufstieg der Angestellten zu einer besseren Zukunft.“

Betriebsratsarbeit und Gewerbeaufsicht

Wie in früheren Jahren äußern sich auch die über 1930 vorliegenden Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten über das Betriebsrätewesen. Gemeinsam ist den Berichten aus allen Gewerbeaufsichtsbezirken die Anerkennung, daß der Betriebsrätegedanke sich durchgesetzt und als durchaus lebendig erwiesen hat. In den Großbetrieben ist der Betriebsrat eine selbstverständliche, nicht mehr wegzudenkende Einrichtung geworden. Wenn dies von einem großen Teil der mittleren und kleineren Betriebe nicht gesagt werden kann, so erklärt sich das vor allem daraus, daß „die Ein-

nehmlich auf die Mitwirkung der Betriebsräte am Betriebschutz und an der Unfallverhütung. Geklagt wird in den Berichten über mangelnde Betätigung im Unfall- und Gesundheitschutz. Nach Ansicht der Gewerbeaufsicht liegt das „sicherlich zum großen Teil daran, daß die Betriebsvertretungen bei der Durchführung der notwendigen Maßnahmen, bei der Bekämpfung der Unfallgefahren und bei dem Streben nach Beseitigung von Mischständen auf gesundheitlichem Gebiet wenig Verständnis und Unterstützung bei der Belegschaft finden“. Wir sind der Auffassung,

daß die Arbeiterschaft durch das heutige Arbeitstempo und durch den erbitterten Kampf um die elementarsten Lebensbedingungen zu sehr in Atem gehalten wird, um sich auf unalltechnische und gewerbehygienische Fragen besonders konzentrieren zu können. Das wird sich grundsätzlich erst dann ändern, wenn der ungemein wirtschaftliche und seelische Druck wieder einmal von der Arbeiterschaft gewichen sein wird. — Trotzdem sind die Gewerkschaften auch heute ständig bemüht, ihre Mitglieder zur Mitarbeit an der Ausgestaltung des Betriebschutzes und der Gewerbehygiene anzuhelfen. Die Vorschläge, die von der Gewerbeaufsicht in dieser Hinsicht gemacht werden, lassen sich dahin zusammenfassen:

1. Planmäßige Ausbildung der Betriebsräte im Unfallschutz, in der Unfallverhütung und Gewerbehygiene an den Betriebsräteschulen und bei den Sonderkursen der Gewerkschaften. Als Lehrkräfte würden sich Beamte der Gewerbeaufsicht gegebenenfalls zur Verfügung stellen. — 2. Engere Zusammenarbeit zwischen Gewerbeaufsicht und Berufsgenossenschaften einerseits und Gewerkschaften andererseits, zwecks gemeinsamer Beratung, wie die unalltechnische und gewerbehygienische Ausbildung der Betriebsräte am wirksamsten gefördert werden kann. — 3. Gemeinsame Betriebsbesichtigungen mit dem jeweils zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten.

So beachtenswert diese Vorschläge sind, so berechtigt muß die Frage erscheinen, ob denn nur die Arbeiterschaft und nicht auch der Staat und die Berufsgenossenschaften an der Durchführung derartiger Pläne interessiert sind. Daß in dieser Beziehung auch noch manches nachzuholen ist, geben die Berichte selber zu, indem sie feststellen, daß seitens der Berufsgenossenschaften

und der Gewerbeaufsicht bislang auch noch nicht alles geschehen ist, um den Unzulänglichkeiten der Betriebsräte auf dem Gebiete des Betriebschutzes abzuwehren. Was nützt es schließlich, daß der Betriebsrat nach § 77 BRG. einen Anspruch auf Teilnahme an den Unfalluntersuchungen hat, wenn Unternehmer und die sonst in Betracht kommenden Stellen es immer wieder unterlassen, den Betriebsrat bei solchen Anlässen hinzuziehen?

Abschließend ist zu sagen: Die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten stimmen sämtlich darin überein, daß die Mitwirkung der Betriebsräte sich als schätzenswerte Unterstützung der Gewerbeaufsicht erwiesen hat. Darüber hinaus hat die Gewerbeaufsicht festgestellt, daß „das Betriebsrätegesetz für die Arbeitnehmerschaft eine sehr wertvolle Möglichkeit, ihre Interessen zu vertreten, geschaffen hat“. Diese, sicher von unvoreingenommener Seite getroffene Feststellung sollte den Arbeitnehmern, die sich durch die ständige Hege der Sozialreaktion auch in der Beurteilung des Betriebsrätewesens zuweilen schwankend machen lassen, eine Mahnung sein.

Achtung! Betriebsvertretungen und Funktionäre!

Verordnung über Ausfall der Betriebsrätewahlen im Jahre 1932. - Vom 14. Dezember 1931

Auf Grund der Vierten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931, Sechster Teil, Kapitel II (Reichsgesetzbl. I S. 699, 727), verordnet die Reichsregierung:

§ 1. Die Amtsdauer der nach §§ 18, 19, 51, 54 des Betriebsrätegesetzes gewählten Mitglieder einer gesetzlichen Betriebsvertretung und der nach § 58 des Betriebsrätegesetzes gewählten Betriebsobmänner, die im Kalenderjahr 1932 durch Ablauf der Wahlzeit enden würde, verlängert sich um ein Jahr. Das gilt auch für die Mitglieder der nach § 61 des Betriebsrätegesetzes gebildeten Betriebsvertretungen. Es gilt nicht für die Mitglieder einer nach § 62 des Betriebsrätegesetzes gebildeten Vertretung der Arbeitnehmer.

§ 2. Die Vorschriften des § 1 finden keine Anwendung, wenn im Falle der Wahl eines Betriebsrats das Wahlausschreiben (§§ 3, 25, 30 der Wahlordnung zum Betriebsrätegesetz) am 9. Dezember 1931 bereits erlassen war und der letzte Tag der Stimmabgabe vor dem 1. Januar 1932 liegt oder wenn im Falle der Wahl eines Betriebsobmannes die Wahl vor dem 1. Januar 1932 vollzogen wird.

Berlin, den 14. Dezember 1931.

Der Reichsarbeitsminister.
Stegerwald.

stellung mancher Unternehmer zum Betriebsrätegedanken noch immer nicht einwandfrei ist.“ Diese Feststellung bezieht sich auf die Errichtung der Betriebsvertretungen wie auch auf die Ausübung ihrer gesetzlichen Befugnisse. Mehrere Berichte führen jedenfalls aus, daß Wahlen häufig überhaupt nicht stattfanden oder die alten Betriebsräte über ihre Amtszeit hinaus, ohne also durch geordnete Wiederwahl einen Rechtsanspruch darauf zu haben, in Tätigkeit blieben. Was die Tätigkeit der Betriebsräte betrifft, so heben einzelne Berichte hervor, daß diese nicht selten durch Einschüchterungen, Kündigungsandrohungen, Scheinstilllegungen usw. seitens der Arbeitgeber erschwert oder überhaupt unterbunden worden ist. In manchen Fällen traf aber auch die Arbeitnehmer selbst die Schuld dafür, daß arbeitsfähige Betriebsvertretungen nicht zustande kamen. Denn bei den Wahlen zu den Betriebsvertretungen ist im Berichtsjahr 1930 „ein Hinneigen nach der radikalen Seite beobachtet worden“ — auch hier eine bedauerliche Folgeerscheinung der latenten Wirtschaftskrise. Dadurch sind vielerorts gewerkschaftlich ungeschulte, betrieblich und arbeitsrechtlich sachunkundige Arbeitnehmer gewählt worden, die begreiflicherweise in der Praxis versagen. Gegenüber diesen Bestrebungen „sind die Gewerkschaften eifrig für die Belebung und Vertiefung des Betriebsrätegedankens tätig“. Ferner wird anerkannt, daß es „ihrem Wirken vielfach zu verdanken ist, wenn trotz entgegenstehender Strömungen doch noch die Wahl einer Betriebsvertretung zustande kommt“.

Hinsichtlich der Erfolge der Betriebsratsarbeit führt im besonderen der sächsische Bericht aus: „Sichtbare Erfolge auf dem Gebiete des Betriebschutzes sind den Betriebsräten in solchen wirtschaftlichen Notzeiten naturgemäß weniger beschieden, sie haben hier mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen wie die Gewerbeaufsichtsbeamten. Die Mitwirkung bei Entlassungen aber, die in der Wirtschaftskrise vielfach zur Haupttätigkeit der Betriebsräte wird, ist selbstverständlich wenig geeignet, die schwierige Stellung des Betriebsrates zwischen Betriebsleitung und Belegschaft zu erleichtern.“ Dessenungeachtet waren die Betriebsräte — wie die Berichte hervorheben — besonders auch darum besorgt, geplante Entlassungsmaßnahmen zu mildern, z. B. dadurch, daß sie Arbeitszeiterkürzungen für den betreffenden Betrieb durchsetzten und gegebenenfalls auch bei der Nachprüfung von Stilllegungsanzeigen Aufklärung schufen.

Allerdings sind die Berichte auch von Kritik an der Betriebsratsarbeit nicht frei. Die Kritik bezieht sich vor-

STIMMEN AUS KOLLEGENKREISEN

Für eine bessere Zukunft

Was zeigt sich unseren Augen, wenn wir den Verlauf der Menschheitsgeschichte betrachten? Ein Kampf — ein ununterbrochener Kampf um Macht und Recht und Ideale. Und dieser Kampf ist immer noch nicht ausgefochten, noch nicht abgeschlossen. Unfängliches Leid hat dieser immerwährende Kampf über die Menschheit gebracht; zu einem Strom von Blut und Tränen ist dieser Fluß der Menschheitsgeschichte geworden, der in das Blut- und Tränenmeer des Weltkrieges 1914/18 mündet. — Der Kampf geht weiter. Die unheilvollen verbündeten Mächte der Waffen, des Geldes und der geistigen Niederhaltung der Menschheit, sie sind immer noch am Werke, die erwachende Vernunft, die befreienden Menschenrechte zu zerstören.

Darin liegt nun die Größe unserer gegenwärtigen und zukünftigen Aufgabe, diesen uralten zerstörenden Mächten ihre verbliche Vorherrschaft zu nehmen und der Wahrheit und Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen. Diese Aufgabe erfordert einen klaren Blick für die Vergangenheit und Zukunft. Sie gliedert sich in zwei Teile, und zwar: 1. im Ausgleich der internationalen, politischen und wirtschaftlichen Gegensätze und 2. in der geistigen Erziehung der Menschheit.

I. Zunächst gilt es, den Völkerbund als ein wahrhaftes, starkes, internationales Rechtsinstitut zu gestalten, dessen unparteiische, gewissenhafte Entscheidung in politischen Fragen bindend ist und damit die alte Tradition des Hasses und des Völkermordens überwunden wird. — II. Ein angegliederter Finanz- und Wirtschaftsausschuß hat den internationalen Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsmarkt in lokaler Weise zu regeln. — III. Ebenso wichtig ist die Aufstellung von allgemeinen Richtlinien für Gesundheitswesen und gerechte Sozialgesetzgebung, deren Durchführung und Ueberwachung durch ein internationales Komitee in Verbindung mit dem Völkerbund geschieht.

Das ist der reale Teil des Programms, das Grundbedingung sein muß für ein geistliches Zusammenleben der Völker. — Der zweite Teil — die geistige Erziehung der Menschheit — ist ebenfalls in einem besonderen Maße dem Völkerbund in enger Zusammenarbeit anzugliedern. In Wirklichkeit ist dieser angeführte zweite Teil die Hauptaufgabe, durch die gegenwärtigen zwingenden Verhältnisse aber sind die realen Fragen vorübergehend in den Vordergrund zu stellen. Die Weltwirtschaftskrise ist nichts anderes als das Verlagen des bisher herrschenden Wirtschaftssystems.

Darum gilt es in unserem gegenwärtigen Ringen um Freiheit, Frieden und Wohlstand im Völkerverleben, den Trägern und Verfechtern der alten unheilbringenden Methoden des Hasses, der Ausbeutung und Unterdrückung, ihre selbstsüchtige Vorherrschaft zu entreißen, um die Harmonie im politischen und wirtschaftlichen Gemeinschaftsleben der Völker herzustellen.

Der weltgeschichtliche Abschnitt unserer Zeit muß daher die Befreiung der Menschheit bringen aus der bisherigen Blut- und Tränenpolitik. Sorgen wir alle durch einmütigen Willen und Tatkraft, daß durch die noch bestehende Atmosphäre des Mißtrauens und des Schaders um Völkerschicksale endlich die Sonne des Friedens, der Freiheit und Gerechtigkeit erstrahlt. In diesem vereinten Streben der Völker ist es von höchstem Wert, daß sie sich ihre besten Führer auswählen, die die unerschütterliche Gewähr bieten, auf der Weltbühne des Völkerbundes in Genuß die gemeinsamen Ziele nach besten Kräften zu fördern. Wenn einmal vom einigen, erstarkten Völkerbund die wohlthätigen Wirkungen einer segensreichen Tätigkeit ausgehen, dann erst werden die dunklen Wolken über dem Einzelleben der Völker verschwinden, dann erst wird auch unser deutsches Vaterland wieder frei aufleben können. Erste Aufgabe unseres schwergeprüften Volkes muß es deshalb sein, mitzuarbeiten am Wohle des Ganzen, dann wird es auch den Gerechtigkeitsfingern der Welt erwecken und Erlassung seiner Reparationslasten erreichen.

Was für den Völkerbund im allgemeinen gilt, statt hauptpolitisch Friedenspolitik, statt Ausbeutung und Unterdrückung gerechte Arbeiter-, Lohn- und Sozialpolitik, statt Wirtschaftsegoismus wirtschaftlicher Ausgleich, das gilt ebensogut für den einzelnen Staat. Je eher das deutsche Volk in seiner Gesamtheit außen- wie innenpolitisch sich von diesen Geboten leiten läßt, desto eher wird es die eigene Krisis überwinden und darüber hinaus um so wirkungsvoller mitarbeiten können am Gelingen des Ganzen.

Severin Stangl, Hafenarbeiter, Regensburg.

Das Geschäft geht so-o-o schlecht . . .

Und die Löhne sind so hoch... kein Wunder, wenn da das Geschäft so schlecht geht. Das ist die Kreislogik der Mehrzahl der deutschen Unternehmer. Es ist so kolossal einfach und bequem, den Lohn abzubauen und die so erzielten Ersparnisse pro Jahr zu errechnen, um mit einigermaßen imponierenden Zahlen nach außen und natürlich vor allem gegen die Arbeiter operieren zu können. Man spürt richtig zwischendurch eine Adresse an Brüning, den Notverordner und Steuersachmann, der davon überzeugt ist, daß Steuern Massensteuern sein müssen. Warum wird überhaupt nicht notverordnet, so argumentieren die Unternehmer, Tariflohn und sonstige tarifliche Regelungen des Arbeitsverhältnisses werden aufgehoben und der freien Einzelvereinbarung zurückgegeben, wie es früher war?! Und wie gut war es früher! Die Arbeiter gingen arbeiten, statt stempelnderweise dem Staate auf der Tasche zu liegen. Das Geschäft ging und es wurde verdient: auf Seiten des Arbeiters Pfennige, auf Seiten des Unternehmers Mark, wie es seit je „selbstverständlich“ war.

Fragen wir beim Großhandel, wie das Geschäft geht, so folgt die Antwort: „S-o-o-o schlecht!“ Und welche Hoffnungen machen Sie sich auf Grund der Notverordnungsreihe der letzten Wochen, der finanzpolitischen Maßnahmen der Regierung usw.? „... Keine; gar keine! Das Geld ist um mehr als 50 Proz. zu teuer, die Steuern, die Löhne, die sozialen Abgaben sind zu hoch, die Preise viel zu niedrig, das sind doch überhaupt keine Preise mehr, man verdient nur noch Bettelpfennige und überhaupt geht das Geschäft sooo schlecht!“

Schauen wir etwas näher hin, so sehen wir im Handel dieselbe Erscheinung wie in der Industrie: einzelne Firmen sind da und dort den Verhältnissen entsprechend gut, sogar recht gut „im Geschäft geblieben“, nicht stoßweise, durchaus normal durchgängig. Daß aber gerade von diesen Firmen, bei denen das Geschäft noch floriert, wie die im Gespräch beobachteten Gesellschafter schmunzelnd feststellten, versucht wird, ein doppeltes Geschäft zu machen, nämlich am eigenen gutgehenden und durch das Mitsingen des bekannten Refrains „das Geschäft geht sooo schlecht“, als Argument für den gleitenden Lohnabbau, das ist besonders verwerflich.

Das jammert einem unaufhörlich in den Ohren: „Das Geschäft geht sooo schlecht“, also ist der Lohn, natürlich der Lohn des Arbeiters, zu hoch. Denkt etwa jemand daran, die in einem Geschäft mehrfach in Frage kommenden unternehmerähnlichen „Löhne“ im selben Maße zu reduzieren? Man ist in dieser Beziehung sozusagen sein eigener Beamter geworden mit festen Bezügen, auf die man seine neufeudale Lebenshaltung angepaßt hat und auch im Jahre 1931 im Zeichen des „sooo schlechten Geschäftsgangs“ nicht gewillt ist aufzugeben. Man fühlt sich verpflichtet, nur per Limousine, natürlich bester Marke, seine Kunden zu besuchen. Selbstverständlich kann dem schnittigen Wagen nur ein ebenso schnittig-eleganter Herr entsteigen, der, eine Wolke würzigen Duftes der gewohnten echten Havana genießerisch vor sich hinbläselnd, seine aparte Anzogenheit noch einmal überprüft.

Diemeil pendelt daheim der auf zwei Drittel sein halbes Lohn rationierte Arbeiter per Handkarren zwischen Lager, Bahnhof und Stadtkundschaft, auf diese Weise vom frühen Morgen bis in den späten Abend den sooo schlechten Geschäftsgang praktisch demonstrierend. Abgetrieben wie heute kaum ein Pferd mehr ist, spannt er sich immer wieder vor den Karren und keucht, schweigend in seinen verschliffenen Lumpen, lastenziehend durch diese wunderbare göttliche Ordnung und zum Hohn einer erstaunlichen Transporttechnik im Zeitalter des Autos und der Maschine.

„Schonet die Zugtiere“, lieft man noch ab und zu auf alten, stehen geliebten Schildern aus vergangener Zeit. Diese Mahnung von gestern rufen heute die Warnungstafeln den Kraftfahrern zu. Noch aber ist es kein selbstverständliches kulturelles und ökonomisches Gebot, an Stelle der menschlichen Arbeitskraft die technisch-maschinellen Transportmöglichkeiten zu benutzen. Das allerdings werden wir nicht erleben in einer grundfänglich ausbeuterisch orientierten profittkapitalistischen Wirtschaftsgesellschaft.

Martin Kollora, Hof.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Eine sinnlose Provokation der Polizei leisteten sich am 13. Dezember die Kommunisten in Hamburg. Sie bezingen Schimpfereien auf die Republik und andere Schwägungen. Als die Polizei eingreifen wollte, wurde sie mit Steinen beworfen und mit Laten geschlagen. Da Blindschüsse ihren Zweck versahen, schoß die Polizei scharf, wobei eine Person getötet und fünf verletzt wurden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß am 14. Dezember eine Resolution, in der sie die Verantwortung für die jüngste Notverordnung ablehnt. Sie erhebt gegen die Eingriffe in das Tarifrecht, gegen die Senkung der Löhne und Gehälter und Sozialrenten schärfsten Protest. Durch stärksten Massenruck muß dahin gewirkt werden, eine Verbilligung der gesamten Lebenskosten zu erreichen, die zu den Lohnführungen den notwendigen Ausgleich schafft. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärt ausdrücklich, daß auch für sie eine neue Lage entstanden sein wird, wenn sich herausstellt, daß die Senkung der Preise mit jener der Löhne nicht Schritt hält. Sie behält sich für diesen Fall ihre weiteren Entschlüsse vor. Eine durchgreifende und dauernde Besserung ist nur durch eine völlige Ueberwindung der kapitalistischen Wirtschaft durch den Sozialismus möglich. Die Reichstagsfraktion fordert im Sinne der Beschlüsse der Arbeiterinternationale die Befreiung des deutschen Volkes von unerträglichen Lasten. Die Arbeiterklasse muß alle ihre Kräfte einsetzen, um ihre Organisationen durch die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Krise hindurchzuführen und den Ansturm des Faschismus zurückzuschlagen. Einigkeit und Disziplin, Wachsamkeit und unablässige Arbeit für die Stärkung der Sozialdemokratie und die Gewerkschaften ist das Gebot der Stunde.

Keine Mehrheit auf Einberufung des Reichstags fand in der Sitzung des Ältestenrates am 15. Dezember der Antrag der Kommunisten, Deutschenationalen und Nationalsozialisten.

Hindenburg soll abdanken, verlangt eine von den Nationalsozialisten eingebrachte Entschließung in der Ostpreussischen Landwirtschaftskammer, die mit 54 von 76 Stimmen angenommen wurde.

Die weltbekannte Lokomotivfabrik Horzig in Berlin-Tegel hat ihre Zahlungen eingestellt. Sie beschäftigt zurzeit noch 3800 Arbeiter und Angestellte, denen vorsorglich zu Ende Februar 1932 gekündigt wurde.

12 italienische Professoren der Universitäten und Hochschulen in Bologna, Pavia, Rom, Turin, Mailand und Perugia haben den Treueid auf den Faschismus abgelehnt.

Der Hochverräter Pfrimer und seine sieben Mitangeklagten wurden im Grazer Prozeß von der Anklage des Hochverrates freigesprochen, trotzdem der Staatsanwalt für die Verurteilung eingetreten war. Das Gericht setzte sich in seiner Mehrheit von Heimwehrlenten zusammen.

RUNDschau

Hitler der Erbe des Gelbenhäuptlings Lebius. Hoffnung und Hilfsstruppe gegen die verhassten Gewerkschaften waren in der Dornovemberzeit dem Unternehmertum (angefangen von den Schwerindustriellen Krupp und Siemens bis zum letzten Innungskrauter) die von dem famosen Herrn Lebius nach französischem Muster ins Leben gerufenen wirtschaftsfriedlichen Werkvereine, kurz die Gelben genannt. Wenn es galt, eine gewerkschaftliche Aktion zunichte zu machen, gegen gewerkschaftliche Forderungen anzukämpfen, Streiks zu brechen, da wurden die von Unternehmern geleiteten Gelben eingesetzt. So hoffte das Arbeitgeberum nach und nach die Gewerkschaften kaputt zu kriegen. Es ist ihm nicht gelungen. Lebius ist vor Jahren gestorben und statt der Gewerkschaften sind die gelben Unternehmerhühlinge heute zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Nun tritt Adolf Hitler das Erbe des Lebius an. Wir haben bereits in Nr. 50 der „Gewerkschaft“ an dieser Stelle nachgewiesen, daß die Nazis bestrebt sind, aus den Gewerkschaften gelbe Werkvereine zu machen. Da die Gewerkschaften aber noch nicht nazisturmreif sind, versuchen die Braunhäuser zunächst nach Lebius-Manier sich bei den Unternehmern anzubiedern. Das beweist nachstehendes Rundschreiben, das uns leider erst heute bekannt wird:

„Betriebszellenorganisation der RSDAP. Stendal, im Oktober 1931.
Ortsleitung Stendal. Bahnhofstraße 19.

An alle nationalsozialistischen Arbeitgeber!

Mit der immer größer werdenden Arbeitslosigkeit und dem gleichsam damit erwachenden Terror der Gewerkschaften und linksgerichteten Verbände ergibt sich für uns die Verpflichtung, unseren nationalsozialistischen Arbeitnehmern in jeder Weise die Hand zu bieten. — Durch Schaffung der Betriebszellenorganisation gedanken wir alle Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) zusammenzufassen und ihnen die Wege zu ebnen, aus der Arbeitslosigkeit herauszukommen. Auch wollen wir ein gesundes Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer schaffen, besonders in den Reihen unserer Parteigenossen und Sympathisierenden. Zu einer Zeit wie der heutigen, wo beide Teile in schweren wirtschaftlichen Existenzkämpfen stehen, der Arbeitgeber jeden Tag mit endgültigem

Bankrott, der Arbeitnehmer mit der Erwerbslosigkeit rechnen muß, ist es nötig, daß einer dem anderen die Hand reicht. — Unsere Bewegung ist geboren aus der wirtschaftlichen, politischen und seelischen Not aller Glieder des deutschen Volkes. Weil wir nun aus dieser Notgemeinschaft eine Gemeinschaft der Tat werden lassen wollen, bitten wir alle nationalsozialistischen Arbeitgeber,

1. nur Mitglieder der Betriebszellenorganisation einzustellen, —
2. offene Stellen uns aufzugeben, — 3. unsere Betriebszellen im eigenen Unternehmen zu fördern.

Ein jeder Arbeitgeber, ob Landwirt, Handwerker, Kaufmann oder Unternehmer, sei sich hier seiner Pflicht bewußt und kämpfe an seinem Plage für ein besseres Deutschland. Dann wird Hitlers Mission nicht umsonst gewesen sein, dann muß der Sieg unser sein.

Mit Hitler-Heil! gez. Nitolaus.

Hitler ist nach seiner eigenen Aussage über alles, was sich in seiner Partei ereignet, orientiert und ohne seinen Willen geschieht in ihr nichts. Mit ihm ist er auch für dieses Rundschreiben verantwortlich und somit Erbe des unrühmlichen Vermächtnisses des Lebius. Die Wachsamkeit aller gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer wird aber dafür sorgen, daß die Hitler-Gelben nicht einmal die Bedeutung der Lebius-Gelben erlangen.

Aus der deutschen Bauhüttenbewegung. Die weitere Verschlechterung des Bauplatzes hat sich auch bei den sozialen Baubetrieben bemerkbar gemacht. Der Beschäftigungsgrad ist in letzter Zeit erheblich zurückgegangen. Die noch vorhandenen Auftragsbestände und auch die Auftragsaussichten sind leider im allgemeinen so gering, daß auf eine Besserung auf diesem Gebiete in nächster Zukunft nicht zu rechnen ist. Hinzu kommt, daß durch die Notverordnung vom 6. Oktober d. J. das Baugewerbe noch mehr als bisher gedrosselt wird. Solange die Bauwirtschaft brach liegt, ist an einen wirtschaftlichen Aufstieg nicht zu denken. Der Gesamtaufwand für Bauten betrug im Jahre 1928 8,9 Milliarden Mark im Jahre 1931 jedoch dürfte der Aufwand für Bauzwecke kaum mehr als 5 Milliarden Mark betragen. Nach dem Halbjahresbericht der Deutschen Bau- und Bodenbank sind im ersten Halbjahr 1931 die Wohnungsbauanträge gegenüber dem Vorjahre um 38 Proz. zurückgegangen. Dazu kommt noch die verminderte Größe der Wohnungen, die durch die abnehmende Kaufkraft der Bevölkerung und die Richtlinien der Reichsregierung erzwungen wurde. Das gleiche ungünstige Bild zeigt auch die Beschäftigungszahl im Baugewerbe. Im April 1931 waren von den baugewerkschaftlichen Gewerkschaften 66,2 Proz., im Mai 57,8 Proz. und im Juni 56,6 Proz. arbeitslos. Inzwischen ist die Arbeitslosenzahl im Baugewerbe noch weiter gestiegen. Mindestens 350 000 Bauarbeiter sind länger als ein Jahr, 150 000 seit mehr als 1 ½ Jahren und 75 000 seit mehr als zwei Jahren ohne Beschäftigung. — In der Ende Oktober d. J. abgehaltenen Generalversammlung des Verbandes sozialer Baubetriebe wurde berichtet, daß die Bauhüttenbewegung das Jahr 1930 noch verhältnismäßig gut überstanden hat. Im Jahresdurchschnitt 1930 wurden von dem Verband sozialer Baubetriebe angeschlossenen 130 Bauhütten 15 756 Arbeiter und Angestellte beschäftigt gegen 18 524 im Jahre 1929. Der Rückgang belief sich demnach auf 14,9 Proz. Zur Zeit der besten Bautätigkeit wurden 1930 24 722 Personen gegen 29 367 im Jahre vorher beschäftigt. Die sozialen Baubetriebe waren im Gegensatz zum privaten Unternehmertum im Baugewerbe noch verhältnismäßig günstig beschäftigt. Der Umsatz der sozialen Baubetriebe betrug im Berichtsjahr 120 243 623 Mk., gegenüber 1929 weniger 17,4 Millionen Mark oder 12,6 Proz. Die privaten Bauunternehmer dagegen hatten einen Rückgang von 20 Proz. zu verzeichnen. Die zur Auszahlung gelangte Lohnsumme der Bauhütten betrug im Berichtsjahr 42 119 741 Mk., im Jahre vorher 46 623 786 Mk. Im Jahre 1931 jedoch ist der Beschäftigungsgrad geringer geworden. Im ersten Halbjahr 1931 ist bei den Bauhütten die Durchschnittszahl der Beschäftigten gegenüber dem ersten Halbjahr 1930 von 12 918 um 22,8 Proz. auf 9968 zurückgegangen. Die Zahl der von den Bauhütten erbauten Kleinwohnungen ist im Jahre 1930 um 14,9 Proz. von 70 292 auf 80 441 gestiegen. Die sozialen Baubetriebe haben seit ihrem Bestehen rund 100 000 Kleinwohnungen errichtet. Die meisten Betriebe verfügen über verhältnismäßig hohe Reserven, was der Hoffnung Raum gibt, daß sie die Krisenzeit überwinden werden. — Um über die Leerlaufzeiten hinwegzukommen, sind eine Anzahl der sozialen Baubetriebe mit finanzieller Hilfe der Volkshilfsorgane und der Arbeiterbank zum Eigenbau übergegangen. Im Jahre 1930 haben diese Betriebe 1711 Eigenwohnungen mit einem Bilanzwert von 14 665 603 Mk. fertiggestellt. Am Jahresende befanden sich außerdem 493 Eigenwohnungen im Bau, wofür bis dahin bereits 3 181 608 Mk. aufgewendet worden waren. Im Besitze der Bauhütten befinden sich 6 Ziegeleien, 4 Holzbearbeitungsfabriken, 3 Sägewerke, 2 Kunststeinfabriken, 1 Schwemmsteinwerk, 1 Zementwerk, 1 Kiesgrube und 2 Steinbrüche. — Die Zentrale der Bauhütten weist in der Gewinn- und Verlustrechnung einen Gesamtertrag von rund 1,35 Millionen Mark aus, von dem nach

Abzug aller Unkosten, Abschreibungen und Rückstellungen für das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr 1930/31 ein Reinertrag von rund 195 630 Mk. verbiebt. — Es ist höchste Zeit, daß die Bauwirtschaft wieder in Gang gesetzt wird. Alle Einsparungen beim Bauen wirken krisenverschärfend. Es trifft nicht zu, wie von bestimmter Seite behauptet wird, daß ein Wohnungsmangel nur noch in beschränktem Maße vorhanden sei und in vielen Gebieten sogar ein Wohnungsüberschuß bestände. Ueberfluß ist nur vorhanden in Großwohnungen, für die die Arbeiter die Miete nicht aufbringen können. Selbst nach den Berechnungen des Reichsarbeitsministeriums fehlen immer noch mindestens 600 000 Wohnungen. Rechnet man den Jahreszuwachs an Haushaltungen hinzu und den Erlaß für abbruchreife Wohnungen, dann müßten auf Jahre hinaus jährlich mindestens 350 000 Wohnungen erbaut werden. Den maßgebenden Kreisen ist wiederholt der Weg gezeigt worden, der betreten werden muß, um durch Belebung der Bauwirtschaft die Wirtschaftskrise zu mildern. **Mag Pause.**

Betriebsräteahlen im Jahre 1931. Die Betriebsräteahlen im Jahre 1931 hatten eine besonders politische Bedeutung, da die Kommunisten einerseits und die Nationalsozialisten andererseits die größte Aktivität entfalteten im Kampf um die gesetzliche Betriebsvertretung. Dabei wurden ihre Aktionen durch die trotzkistischen wirtschaftlichen Verhältnisse begünstigt. Die Betriebsräte und die Gewerkschaften wurden für alle Not der Zeit verantwortlich gemacht. Trotzdem kann man sagen, daß der Ansturm der Rechts- und Linksradikalen mit Erfolg abgeschlagen wurde. Die Verteilung der Betriebsräte nach den Wahlen 1931 zeigt folgende Tabelle der fünf größten Gewerkschaften innerhalb des ADGB:

Verband	Ins-gesamt	Davon gehören an:						
		freien Gewerkschaften	Christliche	H.-D.	Kommun.	Naz.	sonst.	
							keine	Dereinig
Metallarbeiter	27 617	22 174	1 991	446	1 480	175	198	613
Gesamtverband	20 201	18 095	1 071	16	469	51	241	258
Fabrikarbeiter	18 060	15 853	970	39	506	150	120	422
Eisenbahner	16 948	18 125	2 946	726	679	78	100	294
Nahrungsmittelarbeiter	5 658	5 317	140	18	64	22	20	77

Im Organisationsgebiet des Gesamt-Verbandes wurden gegenüber dem Jahre 1930 rund 500 Arbeiterratsmitglieder weniger gewählt. Die freien Gewerkschaften sind von 19 020 im Jahre 1930 auf 18 095 zurückgegangen; die Christlichen von 1275 auf 1071 und die Hirsch-Dunckerschen von 34 auf 16. — Der Rückgang der Gesamtzahl der Arbeiterratsmitglieder, wie ihn die nachfolgende Tabelle zeigt, ist auf Stilllegungen von Betrieben und Verminderung von Belegschaften zurückzuführen. Es läßt sich nicht bestreiten, daß die Gliederung der Betriebsräte nach politisch-gewerkschaftlichen Richtungen sich seit der Wahl im Jahre 1930 verändert hat. Das ist weiter nicht verwunderlich, wenn man den ungeheuren Aufwand an Mitteln der Demagogie und Heße gegen die freigewerkschaftliche Bewegung berücksichtigt.

Richtungen	1931	1930
Freigewerkschaftlich	115 671	135 689
Christlich	10 956	11 333
H.-D.	1 560	1 561
Kommunistisch	4 664	2 374
Nationalsozialistisch	710	—
Sonstige Richtungen und nicht organisiert	4 857	5 188
insgesamt	138 418	156 145

Die Vorherrschaft der freien Gewerkschaften in der gesetzlichen Betriebsvertretung bleibt jedoch unerschütterter. Auf ihre Listen entfallen rund 85,6 Proz. sämtlicher Arbeiterratsmitglieder bzw. Betriebsobmänner, ein Beweis, daß die freien Gewerkschaften als Interessenvertretung das Vertrauen der arbeitenden Massen besitzen.

Ein vernünftiges Unternehmerurteil. In dem neuesten Wirtschaftsbericht der Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft finden wir eine beachtenswerte Betrachtung über den Zusammenhang zwischen Löhnen und Preisen. Man möchte wünschen, daß alle Unternehmer diese Einsicht hätten, dann wäre es nicht zu der Katastrophe gekommen, die wir jetzt haben. Auch der Reichsregierung möchte man von dieser Erkenntnis ein klein wenig wünschen. Es heißt in dem Bericht:

„Eine erneute Senkung von Löhnen und Gehältern ist nach den in dieser Richtung schon erfolgten Schritten bedauerlich für den einzelnen wie für die Gesamtwirtschaft. Soll der Ausfall von Kaufkraft nicht noch härter auf die Binnenkonjunktur drücken, so muß ein Ausgleich durch Preis-senkungen erfolgen, der die alte Reallohnhöhe wieder herstellt. Dabei sollte möglichst viel dem freien Spiel der Kräfte überlassen und möglichst wenig durch staatliche Eingriffe zu erzwingen versucht werden. Wir brauchen in Deutschland eine weitgehende Rückkehr zur freien Marktwirtschaft, die dafür sorgt, daß das Gesetz von Angebot und Nachfrage in der Preisbildung wieder mehr zu seinem Recht kommt. Es ist mit Sicherheit anzunehmen,

daß bei unserer heutigen Wirtschaftslage dieses Gesetz ausreichende Preisbindungen herbeiführen wird. In diesem Sinne wird man die Aufhebung der Preisbindungen begrüßen können.“

Abgesehen von der Argumentation „vom freien Spiel der Kräfte“ und der „freien Marktwirtschaft“ sind das Ausführungen, die den Kern der Dinge durchaus richtig treffen. Die Gewerkschaften haben unermüdet auf die katastrophalen Auswirkungen eines weiteren Lohnabbaues hingewiesen, leider aber ohne Erfolg. Jetzt scheint es allmählich auch in Unternehmerkreisen zu dämmern, daß der Lohnabbau zum Zusammenbruch der Wirtschaft führen muß. Die heutige Katastrophe hätte sich vermeiden lassen, wenn man den Weg gegangen wäre, den die Gewerkschaften gezeigt haben.

Internationale Preisentwicklung. Die Indezahlen der Großhandelspreise sind noch nicht zum Stillstand gekommen. In allen Ländern ist noch ein weiterer Rückgang zu beobachten. Die Preisentwicklung der einzelnen Staaten ist nicht gleichmäßig verlaufen. Die nachstehende Zusammenstellung bietet einen Überblick über die Preisgestaltung in einzelnen Ländern:

Indezahlen der Großhandelspreise						
Auf Goldbasis, Durchschnittsstand 1913 = 100	Deutschland	England	Frankreich	Oesterreich	Tschechoslowakei	USA.
1929 Durchschnitt	137	137	124	130	134	138
1930 Durchschnitt	125	120	108	117	117	124
April 1931	114	106	98	108	110	105
Juli 1931	112	102	93	114	108	100
August 1931	110	99	90	110	105	101
September 1931	109	93	87	108	—	99

Von den angezogenen sechs Ländern sind die Preise in Deutschland und Oesterreich am wenigsten zurückgegangen. Am stärksten war der Rückgang in Frankreich. Bezüglich England ist die Septembereiffer 1931 umgerechnet auf die Goldbasis auf Grund des Dollarkurses. Die obigen Zahlenreihen zeigen jedenfalls, daß die Großhandelspreise in einigen Ländern unter dem Vorkriegsstand liegen. Da die Indezahlen der Großhandelspreise nicht gleichmäßig in jedem Lande errechnet werden, sind die Zahlen nicht ohne weiteres miteinander vergleichbar.

Die Arbeitslosigkeit in der Welt. In Auswirkung der Weltwirtschaftskrise steigt in allen Ländern zurzeit noch immer die Zahl der Arbeitslosen an. Noch immer führen nicht alle Staaten eine zuverlässige Statistik. Für den Juli 1931 berechnete aber der Völkerbund die Zahl der Arbeitslosen in europäischen Gebieten in Höhe von 12,6 Millionen. Diese dürfte sich im Laufe des Herbstes bis nahezu auf 15 Millionen erhöht haben. Für die Vereinigten Staaten wird gegenwärtig die Zahl von 7 1/2 Millionen Arbeitslosen als die richtige Schätzung bezeichnet. Rechnet man dazu noch die Zahlen aus den übrigen Staaten, insbesondere Australiens, so erscheint die Annahme, daß gegenwärtig in der ganzen Welt 25 bis 30 Millionen Menschen ohne Arbeit und ohne jeden geregelten Verdienst sind, zulässig. Es ist klar, daß dieses Massenelend sich höchst bedeutsam auf die öffentlichen Finanzen, die Kapitalbildung und den gesamten volkswirtschaftlichen Verteilungsprozeß auswirkt. Rückgang der Ausfuhr, Rückgang der Kaufkraft auf dem Binnenmarkt bewirken als Folge der Arbeitslosigkeit aus sich heraus ein weiteres Anwachsen des unheimlichen Gespenstes der Arbeitslosigkeit. Es ist an der Zeit, daß die Welt wieder einmal Vernunft annimmt, und daß das Recht jedes Menschen auf Arbeit und Brot als Grundgesetz der Zivilisation anerkannt wird.

